

Die Erben der 48er Revolution im Schwäbisch Hall der kaiserlichen Zeit (1871–1914)

VON PHILIPPE ALEXANDRE

Einleitung¹

Unter dem Einfluß der Französischen Revolution hatte sich in Schwäbisch Hall schon nach 1789 ein revolutionäres Potential offenbart. Haller Bürger versuchten damals, das Veraltete in den reichsstädtischen Zuständen zu überwinden und auf die Herbeiführung einer neuen politischen und sozialen Ordnung hinzuwirken. Dieses revolutionäre Potential konnte sich erst nicht völlig ausdrücken, da die konservativen und dann die reaktionären Kräfte ihre vorteilhafte Position behaupten konnten und über die Mittel der Selbsterhaltung verfügten. 1802 verlor die Reichsstadt ihre Souveränität und wurde in den württembergischen Staat eingegliedert. Diese Übergangszeit, die landesweit tiefgreifende Veränderungen aller Art mit sich brachte, erlaubte fortschrittlichen Kräften zunächst nicht, zum Durchbruch zu kommen, geschweige denn, die Oberhand zu gewinnen.

Im Schwäbisch Hall der 30er und 40er Jahre des vorigen Jahrhunderts lassen sich aber Formen eines Emanzipationsprozesses beobachten, die für die Entwicklung der bürgerlichen Öffentlichkeit im Vormärz, nicht zuletzt im südwestdeutschen Raum, charakteristisch sind. Die allerdings noch beschränkten Möglichkeiten der politischen Betätigung, die das württembergische Verfassungsleben bot, die Fortschritte der Bildung und der Lektüre, der Aufstieg des Bürgertums in der Zeit der frühen Industrialisierung und die ersten Ansätze zu einer Politisierung der Intelligenzblätter nach der Julirevolution von 1830, Ereignisse wie die Polendurchzüge und die Polenbegeisterung, das Vereinsleben, das mit Veranstaltungen wie dem Haller Liederfest von 1838 einen Höhepunkt erreichte, ja auch die sich verschärfende soziale Frage, die die bürgerlichen Kreise und nicht mehr allein die Behörden zum Nachdenken und zum Handeln veranlaßte, waren die Triebfedern einer

1 Der vorliegende Text ist die überarbeitete Fassung eines Vortrages, der am 4. März 1998 im Hällischen-Fränkischen Museum Schwäbisch Hall im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung des Historischen Vereins für Württembergisch Franken, des Hällischen-Fränkischen Museums und des Cercle Français von Schwäbisch Hall gehalten wurde. Die Vorarbeiten zu diesem Text wurden unterstützt durch die Stadt Schwäbisch Hall, das Stadtarchiv, das Kreisarchiv Schwäbisch Hall und die Württembergische Landesbibliothek Stuttgart.

Bewegung, die schon vor 1848 begann und die die Februarrevolution in Frankreich beschleunigte und anschwellen ließ.

Die 48er Revolution wurde auch in Hall von eminenten Meinungsführern geistig vorbereitet. Hier wie in ganz Südwestdeutschland kam ein Geist der politischen Emanzipation zum Durchbruch, der in den vorhergehenden Jahrzehnten an manchem Zeichen erkennbar war. Nach 1830 wählte Schwäbisch Hall freisinnige oder unabhängige Männer in den Landtag, dem Einfluß der Oberamtsverwaltung zum Trotz, vor der Märzrevolution namentlich den rührigen Rechtsanwalt Eduard Schübler, der sich in weiten Kreisen der Bevölkerung einer großen Beliebtheit erfreute². Aus dem „Hallischen Wochenblatt“ geht hervor, daß die Wahlen zum Landtag, zum Gemeinderat und zum Bürgerausschuß *allgemeine Regsamkeit* verursachten und nicht zuletzt zur politischen Willensbildung auf lokaler Ebene beitrugen. Die Bürger, die dabei als treibende Kräfte wirkten, zeigten sich bemüht, auch diejenigen, die noch aus der institutionellen Mitbestimmung ausgeschlossen blieben, politisch zu sozialisieren. Die Lokalpresse dokumentiert auch einleuchtend diese Emanzipationsbewegung, die wir exemplarisch an der Haller Bürgerschaft des Vormärz skizzieren. Beachtenswert sind die Bemühungen der Buchdrucker Schwend, denen es trotz der Zensur gelang, Schritt für Schritt ihr Intelligenzblatt, das „Hallische Wochenblatt“, später „Haller Tagblatt“, zu politisieren. Eine schonungslose Kritik am Beamtentum kam in den Schriften des Dialektdichters Johannes Nefflen (1789–1858) zum Ausdruck, der zu seinen Lebzeiten einer der populärsten Männer in Schwaben war. Ein Teil seines Verdienstes bestand darin, daß er in mancher Hinsicht das Selbstbewußtsein des Bauerntums zu fördern suchte. Die Gastwirtschaft „Krone“, die er übernommen hatte, entwickelte sich als „Sympathisantenlokal“ zu einem einflußreichen Ort der öffentlichen Diskussion und des Protestes³. Sie war aber nur eine jener „literarischen Gasthäuser“ Baden-Württembergs, deren politisch-soziologische Funktion nicht unterschätzt werden darf.

Im März 1848, als die Revolution in Paris wie ein Signal zu einem allgemeinen Aufbruch in Europa wirkte, offenbarte sich in Schwäbisch Hall das ganze Poten-

2 Eduard Schübler war Mitbegründer und erster Vorsitzender des Haller Gewerbevereins. Er gehörte zu den leitenden Männern des landwirtschaftlichen Vereins, gab dem Versicherungswesen in der Haller Gegend einen Antrieb und bemühte sich auch, die Erziehung und Ausbildung armer Kinder zu fördern. Eduard Schübler ist der typische Vertreter jener Kreise, die in Hall im Vorfeld der 48er Revolution maßgeblich auf die politische Emanzipation des Bürgertums hingewirkt haben.

3 *Philippe Alexandre*: Schwäbisch Hall im Vormärz 1830–1848. Gesehen durch seine Zeitungen. Studie über die soziologische Bedeutung der Lokalpresse vor der Märzrevolution 1848, Schwäbisch Hall 1993, S. 13f.: Der Schwäbische Hausfreund – Eine moderne Form des Intelligenzblattes; S. 17f.: Johannes Nefflen. Der Typ des „Journalisten“ im Vormärz. Es scheint, daß die Wirtschaften als Orte der Geselligkeit im Württemberg des 19. Jahrhunderts eine besondere Bedeutung hatten. Ihre Zahl war übrigens im Vergleich zu den übrigen deutschen Regionen überdurchschnittlich groß. S. *Georg Holzwarth*: „Bei einem Wirte wundermild.“ Literarische Gasthäuser in Baden-Württemberg. Stuttgart 1990, v.a.: Das Sympathisantenlokal. Die „Krone“ in Schwäbisch Hall-Hessental, S. 137–152.

tial dieses neuen Geistes⁴. Ich möchte hier weder auf die Frage der reichsstädtischen Tradition eingehen, noch die 48er Ereignisse schildern, sondern analysieren, wie die Tradition von 1848 im Schwäbisch Hall der Kaiserzeit durch die „Erben der Märzrevolution“ fortgelebt hat. Unter dieser Bezeichnung verstehe ich diejenigen politischen Kräfte, die sich ausdrücklich auf die Ideen von 1848/49 berufen haben, nämlich die bürgerlichen und die sozialen Demokraten. Wir werden unser Augenmerk auf ihre Einstellung zur nationalen und zur sozialen Frage richten, auf ihre Beziehungen zueinander nach ihrer Trennung, auf ihre Rückbesinnung auf das geistige Erbe von 1848/49, auf die Einflüsse, die die nationalpolitischen Folgen der Reichsgründung 1871 sowie der sich beschleunigende Wandel im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben, mit einem Wort die „Modernität“, auf sie ausübten.

Die Reichsgründung: eine Wende- und Krisenzeit für „bürgerliche“ und „soziale“ Demokraten

Im Laufe des halben Jahrzehnts vor der Reichsgründung von 1870/71 vollzogen sich unter den fortschrittlichen Kräften Deutschlands folgenschwere Spaltungen, die die Parteienlandschaft der Kaiserzeit bestimmen sollten. In der Debatte um die Lösung der nationalen Frage behaupteten sich zwei Tendenzen. Die einen, zu denen die württembergischen Demokraten gehörten, agitierten für die konsequente Verwirklichung der demokratischen Ideale von 1848 in einem föderativ gestalteten Großdeutschland; deshalb lehnten sie 1866 den gewaltsamen Ausschluß Deutsch-Österreichs aus Deutschland sowie die Idee eines „Anschlusses“ der deutschen Mittelstaaten an Preußen ab. Andere wünschten die Verwirklichung eines kleindeutschen Reiches unter preußischer Führung herbei; sie zeigten sich zu Kompromissen bereit, wenn ihr Wunsch nach Einheit nur in Erfüllung gehen sollte. Die sogenannte „soziale Frage“ trug dazu bei, die deutsche Linke zu spalten; allmählich gingen die „bürgerliche“ und die „soziale“ Demokratie auseinander. Jede ging ab 1869 ihren eigenen Weg und unterhielt zur anderen komplexe Beziehungen. Zwischen beiden Richtungen bewegten sich manche Elemente, die sich in der deutschen Parteienlandschaft, die sich in der Zeit der Einigungskriege und der Reichsgründung gebildet hatte, kaum noch zurechtfinden konnten.

Diese Entwicklung läßt sich sehr gut durch die Geschichte der Liberalen und der Arbeiterbewegung von Schwäbisch Hall verfolgen. Im Juli 1865 wurde hier, als ei-

4 Philippe Alexandre: Schwäbisch Hall zwischen zwei Revolutionen 1789–1849, in: Otto Borst (Hrsg.): Südwestdeutschland. Die Wiege der deutschen Demokratie (Stuttgarter Symposion 5), Tübingen 1997, S. 133–165.

ner der ersten in Württemberg, ein Volksverein neu gegründet⁵. Die Volksvereine waren die Form der Lokalorganisation der Demokraten in der Zeit der 48er Revolution. Diese Neugründung erfolgte im Zuge der Reorganisierung der württembergischen Volkspartei der Revolutionszeit unter dem Namen Fortschrittspartei. Nach dem Tod des Königs Wilhelm I. von Württemberg im Jahre 1864 gelangten die Ideale und Gedanken der alten 48er zu neuer Parteiform. Julius Haußmann, Karl Mayer, der kurz zuvor die Redaktion des demokratischen Organs „Stuttgarter Beobachter“ übernommen hatte, und der Dichter Ludwig Pfau, der in der Reaktionszeit als Exilschriftsteller in der Schweiz, dann in Frankreich gelebt hatte, bilden das Triumvirat, das die Geschicke der neugegründeten Volkspartei lenkte⁶. Die württembergischen Demokraten hatten den Namen „Fortschrittspartei“ aus Solidarität mit den preußischen Fortschrittlern gewählt, die sich Bismarcks Politik entgensetzten.

Die preußischen Demokraten unterlagen und die großdeutsch gesinnten Demokraten Süddeutschlands verloren mit der Niederlage Österreichs im Deutschen Krieg 1866 jede Hoffnung auf die Verwirklichung ihrer Idee. Im Sommer 1868 wurde in Stuttgart die Deutsche Volkspartei gegründet, die überwiegend südwestdeutsche Demokraten versammelte. Das Programm der neuen Partei wurde unter dem maßgeblichen Einfluß des Königsbergers Johann Jacoby und des Frankfurters Leopold Sonnemann, des Besitzers der „Frankfurter Zeitung“, ausgearbeitet. Dieses Programm zeigte deutlich, daß seine Verfasser an das Gedankengut der 48er Revolution anknüpfen wollten. Im Punkt 1 hieß es: *Die Deutsche Volkspartei bekennt sich zu den demokratischen Prinzipien der Freiheit und Gleichheit und verlangt die gleichartige Mitwirkung aller Staatsbürger bei Verfassung und Verwaltung, die Durchführung der Selbstregierung des Volkes im Staate.*

Im Punkt 2 kennzeichnete sich die Volkspartei als *Partei des Friedens*. Als solche bekannte sie sich zum Prinzip der Selbstbestimmung der Völker; im Namen dieses Prinzips trat sie für eine föderative Organisation der deutschen Stämme ein. Ihr Ziel war in dieser Frage ein *Friedens- und Freiheitsbund der Völker*, sie erkannte in jedem Krieg *eine verdammungswürdige Schädigung aller Kultur- und Freiheitsinteressen*. Deshalb erklärte sie sich bereit, alle Bestrebungen zu unterstützen, die auf eine friedliche Lösung der Konflikte zwischen den Nationen hinwirken würden. Mit diesem Punkt 2 bekannten sich die Demokraten zu den Grundsätzen, die Immanuel Kant 1795 in seinem Traktat „Zum Ewigen Frieden“ aufgestellt hatte. Diese Schrift ist bekanntlich ein Meilenstein in der Geschichte des Pazifismus; in ganz Europa hat sie Generationen von Pazifisten, nicht nur unter den Demokraten, beeinflusst. In dieser Kant'schen Tradition hatten die Teilnehmer an dem Frankfurter Weltfriedenskongreß von 1850 auf die Mittel hingewiesen, die ihnen geeignet

5 Hans-Peter Müller: Friedrich Hartmann aus Schwäbisch Hall-Wackershofen (1841–1901). Landtags- und Reichstagsabgeordneter der württembergischen Volkspartei, in: WFr 75 (1991), S. 265–286.

6 Festrede des Chefredakteurs Heuß (Heilbronn). Sommerfest der Fortschrittlichen Volkspartei. (Unterländer-Verband), in: Haller Tagblatt (HT) Nr. 130 u. 131, 8. u. 9. 6. 1914.

erschienen, eine neue Weltordnung aufzubauen. Was ihnen vorschwebte, war eine neue Weltordnung, die auf der Vernunft und der Humanität beruhen würde. Zwar hatten die führenden deutschen Demokraten an diesem Kongreß nicht teilnehmen können; viele unter ihnen waren damals im Exil. Süddeutsche Elemente beteiligten sich aber 1867 in Genf an der Gründung der internationalen Friedens- und Freiheitsliga. Im Dezember 1868 forderte Julius Haußmann die württembergischen Volksvereine auf, dieser Liga beizutreten, was einige von ihnen auch taten⁷.

Beachtenswert war aber auch der sehr fortschrittliche Charakter der sozialen Forderungen, die im Programm der Volkspartei enthalten waren. Im Punkt 3 hieß es: [Die Volkspartei] *anerkennt, daß die staatlichen und gesellschaftlichen Fragen unzerrennbar sind und daß sich namentlich die wirtschaftliche Befreiung der arbeitenden Klassen und die Verwirklichung der politischen Freiheit gegenseitig bedingen*⁸.

In der Zeit des deutsch-französischen Krieges blieben die Führer der Volkspartei ihren pazifistischen Grundsätzen treu. Nach der Niederlage Napoleons III., in dem sie einen Feind nicht nur des deutschen Volkes, sondern der Völkerfreiheit sahen, sprachen sie sich mutig gegen die Fortsetzung des Krieges gegen die französische Republik sowie gegen die Annexion Elsaß-Lothringens aus, behauptend, daß dieses Kriegsziel gegen das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker verstoße und für immer die deutsch-französischen Beziehungen belasten würde. Der „Stuttgarter Beobachter“ wie die „Frankfurter Zeitung“ agitierten gegen die Entscheidung Bismarcks und der Berliner „Soldateska“. Da sie antipreußisch und großdeutsch gesinnt waren, befanden sich die Volksparteiler 1871 im Lager der Verlierer. Die glänzenden Siege der deutschen Truppen sollten sie diskreditieren und in den Hintergrund der deutschen Politik verdrängen. Die „Deutsche Volkspartei“ blieb bis 1877 nur durch einen einzigen Abgeordneten vertreten, nämlich durch den Frankfurter Leopold Sonnemann⁹.

Die Renaissance der demokratischen Bewegung war auch im Schwäbisch Hall der 60er Jahre spürbar. Der Schreiner Christoph Schwend (1817–1890) und der Gewerbevereinsvorstand und Fabrikant Carl Kirchdörfer (1814–1875) standen an der Spitze des Haller Volksvereins, der Lokalorganisation der Volkspartei. Die Tätigkeit des Volksvereins kristallisierte sich um die Persönlichkeit des Stuttgarter Rechtsanwalts August Oesterlen heraus, der von 1862 bis 1876 den Haller Wahlbezirk im württembergischen Landtag vertrat. Diese Wendezeit stellte Oesterlen aber vor schwierige Herausforderungen. Nach dem preußischen Sieg im Herbst 1866

7 *Ein Volk, das sich ausschließlich auf eine 'nationale' Aufgabe verbohrt, ist solange ein abgerissenes Glied des großen Menschenkörpers*, hieß es Ende Dezember 1868 im „Beobachter“. Stuttgarter Beobachter Nr. 287, 9. 12. 1868.

8 Programm der Deutschen Volkspartei. September 1868. Ediert bei *Felix Salomon*: Die deutschen Parteiprogramme, Bd. 1, Leipzig ²1912, S. 131–134.

9 *Klaus Gerteis*: Leopold Sonnemann. Ein Beitrag zur Geschichte des demokratischen Nationalgedankens in Deutschland (Studien zur Frankfurter Geschichte 3), Frankfurt/Main 1970.

hatte sich das Haller Bürgertum in der Debatte um die nationale Frage gespalten¹⁰. Es bildete sich hier, wie in Württemberg, eine „Deutsche Partei“, die für die Schaffung eines kräftigen deutschen Staatswesens unter preußischer Führung agitierte¹¹. Selbst wenn der Volksverein weiterhin die tonangebende politische Kraft in der Haller Region blieb, stand ihm von nun an eine neue Formation gegenüber, die seine Entwicklung wie seine Strategie bestimmen sollten. In der Zeit zwischen den Einigungskriegen, d. h. zwischen 1866 und 1870, verwarf der Haller Volksverein, wie viele Fortschrittler im südwestdeutschen Raum, das *Säbelregiment* Preußens, den *preußischen Vandalismus*. Er lehnte die Annäherung an Preußen und den sofortigen Eintritt in den Norddeutschen Bund ab, aus Angst, daß die süddeutschen Staaten und das *durchaus freiheitlich gesinnte süddeutsche Volk* ihre Unabhängigkeit verloren. Im Herbst 1867 stellte sich aber heraus, daß die Zahl der *verbismarckten* Abgeordneten unter den Fortschrittlern ständig wuchs¹². Im Herbst 1870, vor der Landtagswahl, mußte Oesterlen seinen Diskurs etwas ändern, denn die Siege der deutschen Truppen unter der Führung Preußens hatten breite Schichten des Volkes tief beeindruckt. Die „nationale Strömung“ schwoll an. Oesterlen verlangte zwar immer noch eine Änderung der Verfassung des Norddeutschen Bundes, er verwarf immer noch die Militärlasten, die ein *Anschluß an Preußen* mit sich bringen würde. Er meinte: *Die Begeisterung wird vergehen, aber die Militärlast wird bleiben*, betonte aber, er sei nie ein Partikularist gewesen, und erinnerte daran, daß er sich schon längst für eine bundesstaatliche Einigung mit Zentralgewalt und Parlament ausgesprochen habe. *Ich verfolge keine extreme Richtung*, glaubte er noch vorsichtig erklären zu müssen. *Die großen Ereignisse der Gegenwart sind nicht an mir spurlos vorübergegangen, aber über der Begeisterung für die nationale Einheit möchte ich die Sorge um die konstitutionelle Freiheit nicht vernachlässigen*¹³.

Der Haller Volksverein sah neben der Deutschen Partei eine andere politische Kraft aufkommen: die Arbeiterbewegung¹⁴. Im April 1864 hatte sich in Hall, als einer der ersten seiner Art in Württemberg, ein Arbeiterbildungsverein gebildet. Der Zweck dieser Vereine war, wie es 1869 in den Statuten des Haller Arbeiterbildungsvereins hieß: *die Hebung der geistigen Bildung des Arbeiters durch passende Vorträge, gute Lektüre, Pflege des Gesangs und Unterricht in den allge-*

10 Hans-Peter Müller: Parteien und Politik in Hall 1860–1900, in: Elisabeth Schraut u.a. (Hrsg.): Hall im 19. Jahrhundert. Eine württembergische Oberamtsstadt zwischen Vormärz und Jahrhundertwende (Kataloge des Hällisch-Fränkischen Museums Schwäbisch Hall 5), Sigmaringen 1991, S. 27.

11 HT, 24. 10. 1866 (Anzeige).

12 Zu den Stuttgarter Resolutionen oder Wie es aus Bayern schallt. (Den Herren Hölder und Genossen zu Nutz und Frommen abgedruckt aus den Bamberger Neuesten Nachrichten), in: HT Nr. 206, 1. 9. 1867.

13 Zur Abwehr, in: HT Nr. Nr. 272, 23. 11. 1870; An die Wähler des Oberamts Hall, in: HT Nr. 268, 18. 11. 1870.

14 Hans-Peter Müller: Vom Arbeiterbildungsverein zur Sozialdemokratie. Die Haller Arbeiterbewegung von den Anfängen bis zum Fall des Sozialistengesetzes, in: WFr 72 (1988), S. 195–219.

*meinen nützlichen Kenntnissen*¹⁵. Die Mitglieder dieser Arbeiterbildungsvereine waren überwiegend Handwerksgelesen. Durch gesellige Veranstaltungen wurde das Zusammengehörigkeitsgefühl gefördert. Man schuf auch Organe der Selbsthilfe, eine Krankenkasse und einen Arbeitsnachweis. Das Ziel der Arbeiterbildungsvereine war die Integration der Arbeiterschaft in die bürgerliche Gesellschaft durch weitgehende Anpassung. Damals hatte die Industrialisierung in Württemberg noch nicht wirklich begonnen, im Gegensatz zu den großen Industriezentren am Rhein oder an der Ruhr. Die Haller „Arbeiter“ waren Handwerksgehilfen, die danach strebten, sich zum Status eines selbständigen Handwerksmeisters emporzuarbeiten und sich somit ein sicheres materielles Auskommen zu verschaffen¹⁶. Die Idee dieser Arbeiterbildungsvereine ging auf die Revolution von 1848 zurück. Sie waren anfangs, wie das Beispiel von Hall zeigt, ein gemeinsames Betätigungsfeld für die bürgerlichen Demokraten und die „klassenbewußten“ Arbeiter. In Hall war der Schreiner Christoph Schwend der „Bindestrich“ zwischen dem Volks- und dem Arbeiterverein. Christoph Schwend war der Vater von Ludwig Schwend, der sechs Jahre später die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Hall gründen sollte. Der Arbeiterverein politisierte sich nach einigen Jahren. 1868 und 1870 unterstützte er noch den volksparteilichen Kandidaten August Oesterlen bei den Landtagswahlen.

1869 trat aber eine Wende ein. Im November 1869 unternahm August Bebel eine Agitationsreise durch Württemberg. Er war damals Abgeordneter im Norddeutschen Reichstag, in den er 1867 als Vertreter der Sächsischen Volkspartei gewählt worden war; er war auch Vorsitzender des Dachverbandes der deutschen Arbeitervereine, den er 1868 dem Programm der Internationale angeschlossen hatte. In Hall warb Bebel für den Eintritt des Arbeitervereins in die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, die kurz zuvor, im August 1869, ins Leben gerufen worden war. Im März des folgenden Jahres sprach sich der Haller Arbeiterverein, der damals 100 Mitglieder zählte, für die Ziele dieser Sozialdemokratischen Arbeiterpartei aus. Dies geschah auf Anregung seines Vorsitzenden, des Schusters Wilhelm Atz, und von Christoph Schwend, der sich entschlossen hatte, von der Volkspartei zur Arbeiterpartei zu wechseln¹⁷.

Im Mai 1875, nach dem Zusammenschluß der beiden Hauptrichtungen der deutschen Arbeiterbewegung, d. h. des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, den Lassalle 1863 gebildet hatte, und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, kam es in Hall zur endgültigen Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Im

15 Statuten des Arbeiter-Bildungsvereins in Schw[äbisch] Hall, Schwäbisch Hall 1869. S. 1–6. (Druck von Emil Schwend). Dann folgen die Bibliothek-Ordnung und die Sänger-Ordnung.

16 100 Jahre Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Ortsverein Schwäbisch Hall, Schwäbisch Hall [1978], S. 8 ff.

17 Warum er diesen Schritt getan hatte, sollte er 1890 auf einer Wahlversammlung erklären: Er hatte eingesehen, daß man in Deutschland mit der Volkspartei *nicht vom Fleck kommen* würde; deshalb hatte er sich der Sozialdemokratie zugewandt: Wählerversammlung für den sozialdemokratischen Kandidaten Herrn Chr. Schwend, in: HT Nr. 41, 19. 2. 1890.

Jahre 1875 zählte der Haller Arbeiterverein nur noch 25 Mitglieder. Er hatte seit dem Krieg eine schwere Krise durchgemacht, von der er sich aber Schritt für Schritt erholen konnte. Wie die bürgerlichen Demokraten standen die Sozialisten sehr kritisch gegenüber Bismarcks Reichsgründung.

Die erste Arbeiterorganisation in Hall verfolgte in der Hauptsache praktische Zwecke: die soziale Versorgung der Beschäftigten, Information über die Lohnbedingungen und die Ausbildung der Lehrlinge¹⁸. Eine solche Arbeit konnte sich nur positiv für die Haller Gegend auswirken, denn sie trug dazu bei, junge ausgebildete Arbeitskräfte zurückzuhalten, die im Kontext der Industrialisierung versucht waren, in die Großstadt zu gehen, in der Hoffnung, eine sichere und besser bezahlte Arbeit zu finden.

„Alles für das Volk, alles durch das Volk“: Der Haller Volksverein

Eine Krise erlebte auch der Haller Volksverein nach der Reichsgründung. 140 Mitglieder zählte er im Frühjahr 1870; 300 waren es zwei Jahre früher gewesen, in der Zeit der Gründung der Volkspartei¹⁹. Der Volksverein vertrat den mittleren Gewerbestand, der in der Stadt Hall vorherrschend blieb. Dieser Stand war in der Deutschen Volkspartei neben den Freiberuflern, namentlich den Rechtsanwälten, den Journalisten und den Lehrern, stark vertreten. In ihren Reihen zählte man auch größere Unternehmer, „Fabrikanten“, wie man damals sagte, und Vertreter der Finanzwelt. In der sozialen Struktur der Stadt Hall liegt wohl die Erklärung für die Tatsache, daß sich hier die Volkspartei so lange behaupten konnte. Vorsitzender des Haller Volksvereins war in der Zeit der Reichsgründung der Fabrikant Kirchdörfer. Ihm folgte der Brauereibesitzer David Wacker (1847–1907), der jahrzehntelang den Bürgerkollegien angehörte und Vorstand des Aufsichtsrates der Haller Gewerbebank war²⁰. Seine Nachfolger waren Julius Reichert, Besitzer einer Seifensiederei und eines Spezereigeschäfts²¹, der Mineralwasser- und Essigfabrikant Dr. Guido Schnitzer (1832–1898), lange Jahre Gemeinderat und Vorstand der Gewerbebank²², der Schlosser und Eichmeister Paul Bauer (1858–1903) und der Konditoreibesitzer Eduard Kümmerlen (1851–1943)²³.

Es gab gewisse Verbindungen zwischen den linksliberalen Kreisen und der Freimaurerei. Bei der Beerdigung des Gemeinderats Carl Frech, der 22 Jahre lang Meister einer Haller Loge war, sprach Kümmerlen im Auftrag der Großen Loge

18 100 Jahre SPD (wie Anm. 16), S. 13.

19 Müller: Parteien und Politik (wie Anm. 10).

20 HT Nr. 223, 23. 9. 1907 (Hiesiges).

21 Adreß- und Geschäftshandbuch der Oberamtsstadt Schwäbisch Hall, Schwäbisch Hall 1890, S. 46, 136, 139.

22 HT Nr. 65, 19. 3. 1898. Guido Schnitzer war auch der Autor der Broschüre: Zur 50jährigen Jubelfeier des Gewerbevereins. Erinnerungsschrift i. A. des Haller Gewerbevereins verfaßt von Guido Schnitzer, Schwäbisch Hall 1881, 27 S.

23 HT Nr. 77, 1. 4. 1943.

von Hamburg²⁴. Der Tierarzt Prof. Hoffmann, der Hall von 1898 bis 1903 als Demokrat im Reichstag vertrat, gehörte der Freimaurerei an; er war lange Jahre hindurch Stuhlmeister der Stuttgarter Loge „Zur aufgehenden Sonne“²⁵. Im Zeitalter der Naturwissenschaften und des Materialismus, des *rastlosen Erwerbslebens, der rasselnden Maschinen, der Genußjagd und der materiellen Wertung des Menschen* verstanden sich die Freimaurer als Bewahrer des Erbes der Aufklärung, wie einer von ihnen 1910 im „Haller Tagblatt“ erklärte. Gegenüber den gewaltigen geistigen, moralischen und politischen Umwälzungen der Zeit blieb die Freimaurerei eine Gesinnungsgenossenschaft, eine *Burg*, in der man die Freundschaft pflegte und einer *frivolen Gesinnung* sowie einem *verfolgungssüchtigen Haß* fremd blieb²⁶.

Was charakterisiert die parteipolitische Entwicklung, die Tätigkeit und die Ideenwelt des Haller Volksvereins im Kontext der Kaiserzeit? Unter dem Eindruck der politischen Entwicklung der sogenannten „Gründerjahre“ lernten die Haller Linksliberalen die „Realpolitik“, die das Verhalten mancher Politiker prägte. Der „Realpolitik“ verdankten die Rechtsliberalen, in Württemberg die Deutsche Partei, in den ersten Jahren des neuen Reiches ihre Erfolge. Die Linksliberalen sahen ein, daß das ständige Verneinen, die systematische Kritik, zu nichts führen würde. Es gab Liberale, die bei ihrer negierenden Einstellung zum Bismarck-Reich verharrten, dem Reichskanzler war es aber ein leichtes, sie nicht nur als „Reichsfeinde“, sondern auch als „Doktrinäre“ zu diskreditieren. Die Deutsche Partei, die die Reichsgründung und den Ausbau des neuen Bundesstaates nach Bismarcks Façon bejahte und begrüßte, sollte auch in Hall sehr schnell die Früchte ihrer Haltung ernten. Bei den ersten Reichstagswahlen vom 3. März 1871 wurde der „nationale“ Kandidat, der Stuttgarter Obertribunalrat von Weber, nach Berlin gewählt.

Aus diesem Erfolg zog Oesterlen eine Lehre. Auch er wandte sich zu jener Realpolitik, die nun das politische Denken im Bismarck-Reich weitgehend prägen sollte²⁷. Dieser neue Kurs führte den Haller Volksverein zu einer Annäherung mit der Deutschen Partei²⁸. Dieses Experiment, das lokal beschränkt blieb, machte aus den Hallern eine Art Ausnahme unter den deutschen Liberalen. Mit diesem Versuch eines Zusammenschlusses zwischen Links- und Rechtsliberalen waren die Haller um Jahrzehnte ihrer Zeit voraus. Erst die Rückschläge bei der Reichstagswahl von 1903 sollten die beiden liberalen Lager dazu bewegen, unter dem Einfluß von Theodor Barth in Baden und Friedrich Naumann in Württemberg, den Heilbronn 1907 in den Reichstag wählte, auf die Bildung einer großen liberalen Front

24 Grabrede bei Beerdigung des Herrn Carl Frech, Privatiers und Gemeinderats, geb. den 27. Aug. 1838, gestorben den 14. Dezember 1905, beerdigt den 17. Dezember 1905. Gehalten von Herrn Dekan Lang, Schwäbisch Hall 1906, 11 S. (StadtA Schwäb. Hall, So 4862).

25 Neue Deutsche Biographie, Bd. 9, S. 433; HT Nr. 124, 1. 6. 1921.

26 Ernst Clausen: Das Freimaurertum in unserer Zeit, in: HT Nr. 148, 29. 6. 1910 (Beilage).

27 HT Nr. 20. 12. 1871. Siehe Hans Peter Müller: August Oesterlen (1819–1893) Linksliberaler Politiker und Genossenschaftspionier im Königreich Württemberg (Veröffentlichungen des Archivs der Stadt Stuttgart 76), Stuttgart 1998; hier bes. S. 77 ff.

28 Müller: Parteien und Politik (wie Anm. 10).

hinzuarbeiten. Selbst wenn das Haller Experiment scheiterte, blieb dieser Versuch einer neuen liberalen Gruppierung nicht ganz ohne Folgen. Der 11. württembergische Wahlkreis, zu dem Hall gehörte, wurde von 1877 bis 1884 von Hofrat von Bühler vertreten, der der Volkspartei nahe stand. Bei der Ersatzwahl von 1890 setzte sich der Volksparteiler Hartmann durch, Gutsbesitzer in Wackershofen²⁹; 1898 wurde der Stuttgarter Professor Hoffmann, auch ein Volksparteiler, in den Reichstag gewählt. 1903 sollte sich aber zum letzten Mal ein Kandidat der Volkspartei bei einer Reichstagswahl behaupten.

Die Männer des Volksvereins bekannten sich stets zu den Idealen von 1848, sie zeigten sich bemüht, sie fortleben zu lassen in einem Bismarck-Reich, dessen Entwicklung sie kritisch gegenüberstanden. Der Volksverein organisierte jährlich zur Erinnerung an die Märzrevolution eine „Märzfeier“, die, wenn Jubiläen gefeiert wurden, einen festlicheren Charakter bekam. 1873 lud er alle seine Freunde, *insbesondere die vom Lande und die Jüngerer*, zu einer solchen Feier ein. Laut einem Bericht des „Haller Tagblatts“ war diese Versammlung, die im Gasthof „Zum Kronprinzen“ stattfand, zahlreich besucht. Kirchdörfer, der Vorsitzende des Volksvereins, hob in seinem Vortrag die Bedeutung der 48er Revolution für die nationale Frage hervor. Er schilderte die innere Zerrissenheit Deutschlands vor 1848, er zeigte, wie durch einige Männer, dann durch Verbindungen und Vereine der Gedanke gepflegt wurde, dieser Zerrissenheit müsse ein Ende gemacht werden. Kirchdörfer erinnerte daran, wie die Fürsten, die Regierungen und die Behörden die Bannerträger der nationalen Einheit verfolgt hatten, und er fuhr fort: *Endlich kam die Revolution und brachte uns Errungenschaften, die unbedingt notwendig waren, um einen Gedanken an ein einiges Deutschland zu verwirklichen*. Er betonte, daß die Volkspartei die Reichsverfassung von 1871 anerkannt habe, aber nicht unkritisch. Was er und seine Gesinnungsgenossen anstrebten, waren eine wirkliche Pressefreiheit – die Beschlagnahme der Zeitungen sollte aufgehoben werden –, die Reduzierung der Dauer des Militärdienstes, den Wegfall der Dotationen für höhere Offiziere nach einem Kriege und Diäten für die Reichstagsabgeordneten. Kirchdörfer antwortete auch auf den Vorwurf, seine Partei gehe Hand in Hand mit der Sozialdemokratie. Die Volkspartei, erklärte er, *verlangt Gesetze, durch die alle Schranken, die das Emporkommen der Arbeiter verhindern, beseitigt werden*. Ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten in ihren kommunistischen Tendenzen kam aber nicht in Frage. Während einer Pause, die Kirchdörfers Vortrag unterbrach, wurden Aufrufe und Texte aus dem „Haller Tagblatt“ von 1848/49 vorgelesen³⁰.

Der Bericht des „Haller Tagblatts“ über die Haller Märzfeier von 1873 schloß mit dieser charakteristischen Bemerkung ab: *Der Verlauf der Feier war ein ruhiger und würdevoller*. Die Demokraten, die zu den „Reichsfeinden“ gerechnet wurden,

29 Hans-Peter Müller: Friedrich Hartmann aus Schwäbisch Hall-Wackershofen (1841–1901). Landtags- und Reichstagsabgeordneter der württembergischen Volkspartei, in: WFr 75 (1991), S. 265–286.

30 HT Nr. 74, 29. 3. 1873 (Anzeigenteil); HT Nr. 77, 2. 4. 1873.

mußten den Beweis dafür bringen, daß sie keine gemeingefährlichen und staatsgefährdenden Elemente waren.

Eine Märzfeier war allerdings damals etwas Unzeitgemäßes. Seit der Reichsgründung hatte sich – in Hall wie in ganz Deutschland – eine andere Art politischer Festkultur entwickelt. Im Verlauf des Jahres wurden rituelle Feiern abgehalten, die von den Behörden und den regierungsfreundlichen Kreisen der Stadt inszeniert und gefördert wurden. Aufeinander folgten der Geburtstag des Kaisers und der Kaiserin, der Geburtstag des Königs und der Königin von Württemberg, der Sedantag. Die Erinnerung an den Sieg von 1870/71 und an die „glorreiche Zeit“ der Reichsgründung bekam 1895/96 einen besonders feierlichen Charakter. 1913 feierte man das 100jährige Jubiläum der Völkerschlacht von Leipzig. Auch die jährlichen, großen Herbstmanöver zählten zu dieser „politischen Liturgie“. Bei jeder dieser Gelegenheiten wurde ein Festgottesdienst abgehalten, offizielle Festakte fanden in den Aulen der Schulen und im Rathaus statt. Darauf folgte ein Festmahl in einem Gasthaus. Die Pfarrer, die Schulleiter, Vertreter des Kriegervereins und anderer Vereine sowie andere Honoratioren zelebrierten bei diesen Gelegenheiten die Herrlichkeit des Reiches. Diese Festkultur mußte auf die Dauer auf die Psyche der Deutschen der Kaiserzeit tief einwirken.

Welchen Sinn hatte die Tradition der Märzfeiern in diesem Kontext? Paul Kienle, der Redakteur der „Haller Zeitung“, des Organs der Volkspartei in Hall, schrieb 1896: *Die Erinnerung der Märztage fordert fast zu einem Vergleich zwischen einst und jetzt auf. Was war das für eine Kampffreudigkeit in jenen Tagen, welche Begeisterung durchzog die deutschen Lande, wie rief man aus übertolleml Herzen nach der Freiheit! Und heute? In Stumpfsinn brütend zieht sich ein großer Teil des deutschen Bürgertums in den Schmollwinkel zurück. Es hilft ja doch nichts, sagen viele, und sie lassen die Dinge ihren Lauf nehmen: Aprés nous le déluge!* [Nach uns die Sintflut!; Anm. d. Verf.]. Dem deutschen Bürgertum und besonders der Bildungsschicht warfen die Demokraten vor, nach der Verwirklichung der Einheit versagt zu haben. Es war, als blieben keine Kräfte übrig für das Erringen der demokratischen Freiheiten. Paul Kienle fuhr fort: *Damals, im März 1848, wars das Bügertum, warens hauptsächlich auch die gebildeten Kreise desselben, die sich der Bewegung, die um Freiheit rang, anschloß. Heute vergißt ein großer Teil des Volkes diejenigen, die einst für dasselbe bluteten und es ist fast beschämend, daß mans der Sozialdemokratie allein überläßt, die Vorkämpfer für Deutschlands Freiheit und Einheit zu ehren. Und gerade der Gebildete, oder sollen wir sagen: der gewöhnlich als gebildet bezeichnete Teil des Volkes schämt sich der Kämpfer und des Kampfes für des Volkes Rechte. Ihm behagt es ganz gut im Dienst und Sold der Machthabenden und spöttisch wendet er sich von den Bestrebungen derer, die mehr Freiheit für die breite Masse des Volkes fordern, wenn er nicht zu den fanatischen Kämpfern für Beibehaltung alter Privilegien und gegen moderne Einrichtungen zählt*³¹.

31 Einst und jetzt, in: Haller Zeitung (HZ) Nr. 65, 18. 3. 1896.

Mit dieser Kritik hatte Paul Kienle, der rührige, überzeugte Demokrat, die Stimmungslage eines nicht unbedeutenden Teiles des deutschen Bürgertums in der Kaiserzeit treffend gekennzeichnet. Die Märzfeier war aber für ihn auch die Gelegenheit, die eigenen Gesinnungsgenossen an die Ideale von 1848 zu erinnern, die noch nicht verwirklicht waren. Auf die Märzfeier von 1896 zurückblickend, schrieb er noch: *Allenthalben im Deutschen Reiche feierten sozialdemokratische, demokratische und freisinnige Vereine in dieser Woche die Erinnerungen des März 1848. Wohl wiesen wir auf die Aufgaben hin, die uns das Gedenken jener Tage stellt. Schaden kanns nicht, wenn mans oft und eindringlich tut. Wie viele sehen vor lauter Hurratriotismus nicht, wie es immer mehr bergab geht mit uns. Sieht man sich die Entwicklung, gerade auch der neueren Zeit, an, so findet man, daß an den Volksrechten fortwährend geschnitten wird. Von einer freiheitlichen Entwicklung in dem ersten Vierteljahrhundert des neuerstandenen Deutschen Reiches sieht man nichts, aber das Gegenteil kann man nachweisen. Also rastlos gearbeitet, aber gearbeitet mit gesetzlichen Mitteln! Und bezeichnend ist es, daß man in keinem, der dem Fortschritt huldigt, etwas von gewaltsamem Anfassen der Fragen hört. Aber unsere Reaktionäre sind nicht so gewissenhaft. Sie gerade haben schon öfters zum Staatsstreich geraten, gemeint, die Verfassung sei einfach zu brechen, angedeutet, der gordische Knoten sei mit dem Schwert zu zerhauen. Wir aber erhoffen den Fortschritt in politischer und sozialer Hinsicht auf friedlichem Wege.*

Man sieht es an den Worten Paul Kienles: Es war der Wunsch der Demokraten, nicht als Revolutionäre zu erscheinen. Sie verstanden sich aber als Ferment der Reform und des Fortschritts im Deutschen Reich. Ihre Aufgabe sahen sie darin, das Volk aufzuklären *über die humanen Ziele aller Kulturarbeit, die dem Einzelnen verschafft, was er als Träger eines Menschenantlitzes an politischer Selbständigkeit und wirtschaftlicher Freiheit verlangen darf.* Dieser Fortschritt war 1848 durch den Bruch mit dem Absolutismus angebahnt worden; er sollte in der Zukunft, so Paul Kienle, der Leitstern der Demokraten bleiben³².

1898 wurde das 50. Jubiläum der Märzrevolution von Demokraten und Sozialdemokraten mit besonderem Glanz gefeiert. In Frankfurt am Main fand eine imposante Märzfeier statt, die Demokraten aus ganz Deutschland versammelte. Der Frankfurter Leopold Sonnemann begrüßte zwar die deutsche Einheit, er bemängelte aber die innenpolitische Entwicklung des neuen Reiches. Er erklärte u.a.: *Die Reichsverfassung von 1871 lehnt sich zweifellos an die in der Paulskirche beschlossene Verfassung vom 30. März 1849 an. Sie gleicht dieser, aber wie ein beschchnittenes Geldstück einer vollwertigen Münze gleicht.* Sonnemann nannte alle Reformen, die ihm erforderlich erschienen, um Deutschland in *ein wahrhaftes Reich des Rechtes und der persönlichen Freiheit der Bürger* zu verwandeln.

Der Württemberger Conrad Haußmann sah das Verdienst der 48er Revolution darin, daß sie *die Idee der deutschen Einheit mit einem Schlag im Bewußtsein eines ganzen Volkes begründet und vollendet* hatte. Über die Einheit von 1871 meinte er:

32 Wochenschau, in: HZ Nr. 69, 22. 3. 1896.

Auch der deutsche Süden hat unterschrieben: Lieber ein Deutschland ohne Österreich, als kein Deutschland, ohne daß wir uns deshalb der Brudergefühle schämen müßten, die wir nicht aufhören werden, für die Deutschen an der Donau zu empfinden. Als er dies sagte, wurde Haußmann zweimal durch lebhaften Beifall unterbrochen. Er fügte hinzu: *Aber darin hat 1848 Recht behalten, in der Forderung, daß Deutschland kein Staatenbund, aber auch kein Einheitsstaat, sondern ein Bundesstaat sein soll.* Stürmischen Beifall erhielt Konrad Haußmann mit diesem Bekenntnis: *Wir leben heute, wir Demokraten, der Überzeugung, die Einheit der Landesväter wäre nicht möglich gewesen ohne den Einheitssturm der Landesverräter von 1848. Wir wollen ihr Werk hüten und wir tun es, indem wir das deutsche Nationalgefühl schützen gegen die Abstumpfung, aber auch gegen jene Entartung, die im nationalen Dünkel glaubt, auf andere Nationen und ihren Wert geringschätzig herabschauen zu dürfen.*

Der Historiker Ludwig Quidde, der über das Thema „soziale Gerechtigkeit“ referierte, erinnerte daran, daß nicht nur die Freiheit, sondern auch die Gleichheit und die Brüderlichkeit zu den Grundsätzen der Demokraten gehörten.

Während des Festmahls sprachen nicht nur die führenden Köpfe der Volkspartei. Auch die Veteranen von 1848 kamen zu Wort, u. a. der Lehrer Bauer, der mit der Haller Delegation gekommen war. Er erzählte, wie er Demokrat geworden war. Als 18jähriger hatte er 1844 einer Sitzung des Landtags in Karlsruhe beigewohnt. Dort hatte er Hecker, Struve, Bassermann, Itzstein und andere Abgeordnete gehört. Die Eindrücke, die er in Karlsruhe erhalten hatte, sollte er für immer in Erinnerung behalten. Er hatte einen aktiven Anteil an der Revolution genommen. Er war damals Lehrer in Backnang. Nach Stuttgart berufen, hatte er sich dort im Umkreis Julius Haußmanns betätigt und das „Rumpfparlament“ miterlebt. 41 Jahre war er dann Lehrer in seiner Vaterstadt Hall. Bauer schloß mit diesem Bekenntnis: *Ich bin seitdem nie mehr in agitatorischer Weise hervorgetreten, aber bei Gemeindevahlen, Landtags- und Reichstagswahlen fand man mich stets auf der Seite der Demokratie. So kann ich in Wahrheit sagen: ich war, ich bin und werde für den Rest meines Lebens sein ein treuester Anhänger der Demokratie und schließe mit den Worten: Die Demokratie lebe hoch! hoch! hoch!*³³

Berücksichtigt man den Kontext der Kaiserzeit, dann versteht man, warum diese Märzfeiern – auf lokaler Ebene – im Rahmen von quasi geschlossenen Gesellschaften abgehalten wurden. Die Konservativen stellten die 48er Revolution als eines der traurigsten Kapitel der deutschen Geschichte hin. Das politische Establishment machte sich mehr oder weniger diese Darstellung der 48er Ereignisse zu eigen. Gemäßigte Freisinnige betrachteten zwar den 18. März als einen „Tag der Trauer“, sie sahen aber in der Revolution den Anfang der konstitutionellen Ära in Preußen; ohne diesen Wandel wäre ihrer Ansicht nach die Reichsgründung, die

33 Die Frankfurter März-Feier zum Gedächtnisse der Bewegung des Jahres 1848 abgehalten in Frankfurt am Main am 26. und 27. 1898. Bericht des Fest-Ausschusses, Frankfurt/Main 1898.

deutsche Einheit, undenkbar gewesen. Mit der Revolution war *die nationale Saat gestreut worden*³⁴.

Es gab eine Art offizielle Darstellung der 48er Revolution, die schon in den Geist der jungen Generationen eingepflanzt wurde. Wir nehmen hier als Beispiel das „Württembergische Realienbuch“, das 1910 dem Lehrplan gemäß in den Volksschulen des Landes in Gebrauch war. Wie wurde in diesem Realienbuch die Revolution von 1848 dargestellt? Nach einer Verherrlichung des Königs Wilhelm I. von Württemberg, der von 1816 bis 1864 herrschte, hieß es: *Unruhige Zeiten kamen mit dem Jahre 1848 auch über Württemberg. Die Revolution, die in Paris ausgebrochen war, erzeugte allenthalben im Lande eine große Aufregung und ein Gefühl der Unsicherheit und Unbehaglichkeit. Der König aber wußte durch Ruhe und Festigkeit schwererem Unheil vorzubeugen. Er berief ein Ministerium, welches die vom Volke geforderten freiheitlichen Reformen durchführte. Im Fränkischen brachen trotzdem Unruhen aus, gegen die das Ministerium mit Entschiedenheit auftrat.* Dieses Bild der Revolution sollten die württembergischen Schüler für ihr Leben mit auf den Weg nehmen. Beachtenswert ist aber auch die Art und Weise, wie die Zeit der Reaktion geschildert wurde. Ohne Übergang fuhr das „Realienbuch“ fort: *Nach den Stürmen der Revolution kamen wieder ruhigere Zeiten. Im Schloßplatz, den königlichen Anlagen, dem Königsbau, dem Landhaus Rosenstein und der Wilhelma mit ihren herrlichen Gewächshäusern und Gartenanlagen schuf der König Werke, die sich durch edle Schönheit auszeichnen*³⁵. Der Schüler sollte also überzeugt sein, daß sich erstens damals das ganze Leben und die ganze Geschichte Württembergs um die Person des Königs und die Macht, die er verkörperte, kristallisierte, und zweitens, daß die Märzrevolution nur eine bedauerliche Episode in einer herrlichen Zeit gewesen sei.

Bei den deutschen Demokraten war seit 1848 das Bewußtsein gewachsen, daß sich mit den Ereignissen von 1848/49 eine spezifisch deutsche revolutionäre Tradition angebahnt hatte, die nicht mit der französischen verwechselt werden konnte. Ihre Bewertung der großen Französischen Revolution blieb seit der Zeit des Hambacher Festes (1832) eine ambivalente. Die Schriften des Heilbronner Demokraten Ludwig Pfau zeigen eindeutig, daß sie die weltgeschichtliche Rolle der Französischen Revolution von 1789 anerkannten. Er hatte Jahre lang als Exilschriftsteller in Frankreich gelebt; er wirkte sein ganzes Leben als Vermittler zwischen der deutschen und der französischen Kultur. 1881 – er war damals Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ in Paris – schrieb er: *Nicht ungerecht sein gegen das fremde Volk, heißt diesen interessierten Speichelleckern der Nationalität das eigene verraten! Aber gleichviel! Ja wohl sind wir ihnen dankbar, den Franzosen, daß durch die Großtat ihrer Revolution auch für uns schlechte Politiker den Feudalstaat in*

34 Die März-Ereignisse von 1848, in: HT Nr. 67, 22. 3. 1898.

35 Württembergisches Realienbuch. Kleine Ausgabe. Bearbeitet auf Grund des Lehrplans für die württembergischen Volksschulen, herausgegeben vom Württembergischen evangelischen Lehrer-Unterrichtsstützungsverein, Stuttgart 1910, S. 55 f.

*Stücke geschlagen haben. Ja wohl sind wir ihnen dankbar, daß sie durch die Organisation des Rechtsstaats einen internationalen Damm gegen die Macht und Willkür des Junkertums in Europa aufrichten*³⁶.

Wie ihre Schriften und ihre Reden bei den Märzfeiern zeigen, bezogen sich aber die deutschen Demokraten auf die 48er Tradition, die mit der „deutschen Frage“ eng verbunden war. Im Laufe des Jahres 1848/49 war ein Verfassungswerk entstanden, das den deutschen Verhältnissen entsprach. Während die Französische Revolution und Napoleon I. einen in der absolutistischen Zeit aufgebauten Zentralismus verstärkt hatten, bekannten sich die deutschen Demokraten zum Föderalismus als Organisationsform des in Deutschland zu errichtenden demokratischen Nationalstaates. In der Paulskirche waren die Grundrechte des deutschen Volkes verabschiedet worden, die auch zum Erbe der 48er Revolution in Deutschland gehörten³⁷.

Die jüngere Generation der deutschen Demokraten machte dem Deutschen Reich einige Konzessionen, sie gab die Radikalität eines Ludwig Pfau und der alten Achtundvierziger auf und zeigte sich bemüht, die Verwirklichung ihrer Ideale auf legalem Wege herbeizuführen, d. h. nicht durch Gewalt, sondern durch Reformen, die sie durchsetzen würde, wenn sie sich nur einmal an der Regierung beteiligen könnte. Mit diesem Bekenntnis zum Reformismus wollte sie sich von der Sozialdemokratie deutlich unterscheiden. In der Rede, die er 1899, bei der Erinnerungsfeier der 49er Bewegung, in Kirchheimbolanden hielt, sagte Ludwig Quidde³⁸: *Wir verherrlichen nicht die Revolution, die Revolution des gewaltsamen Umsturzes, wir stehen [...] auf dem Boden der gesetzlichen Zustände und wollen alle warnen, die an die bestehende Verfassung Hand anlegen möchten. Wir wollen, wenn wir auch nicht in den Kampf gestellt sind, uns freihalten, daß Momente kommen, wo es gilt, immer wieder Farbe zu bekennen. Der taugt nichts, der schwärmt für Opfer, die andere gebracht und selbst nicht des kleinsten Opfers fähig ist*³⁹.

Die „Haller Zeitung“, die von 1894 bis 1903 erschien, wirkte anfangs als belebender Faktor auf die Tätigkeit des Haller Volksvereins. Ihr Begründer war Paul Kienle (1865–1915), der früher Lehrer in Dünsbach bei Gerabronn gewesen war. Ende Juli 1900 gab dieser die Redaktion des Blattes auf, um nach Göppingen, dann nach Ludwigsburg zu ziehen, wo er sich verlegerisch und publizistisch betätigte. Von dort aus übernahm er ab September 1901 wieder die verantwortliche Redaktion eines Teils der „Haller Zeitung“, zeitweise auch ihren Druck. Im Frühling

36 Ludwig Pfau: Preußische Ethik und Polemik. Paris, Februar 1881; ders: Politisches und Polemisches, 1910, S. 275–306. Hier besonders S. 293.

37 Die Grundrechte des deutschen Volkes wurden am 27. Dezember 1848 in der Paulskirche verabschiedet. Damit wurde ein bürgerlicher Rechtsstaat mit einem einheitlichen Reichsbürgerrecht geschaffen, das Freiheitsrechte für alle garantierte: Beate-Carola Padtberg: Geschichte des deutschen Liberalismus, Köln 1988, S. 48 f.

38 Der Historiker Ludwig Quidde (1848–1941) war seit 1907 Mitglied des bayerischen Landtags und ab 1919 der Nationalversammlung in Weimar. Als Pazifist war er von 1914 bis 1929 Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft. Er erhielt 1927 den Friedensnobelpreis.

39 Die Rede Dr. Quiddes in Kirchheimbolanden. 11. 6. 1899, in: HT Nr. 147, 27. 6. 1899.

1903 ging er nach Stuttgart, wo er zum Sekretär der württembergischen Volkspartei berufen wurde. Er machte sich schließlich Ende 1907 in Ebingen seßhaft, wo er die Redaktion des freisinnigen „Neuen Alb-Boten“ übernahm. Seit Kienles Fortgang von Schwäbisch Hall im Sommer 1900 wurden die Redaktion, der Druck und der Verlag der „Haller Zeitung“ eine ziemlich schwierige Angelegenheit. Zwei Männer sicherten aber das Fortleben des Blattes in Hall: Der Buchbinder Carl Friedrich Greiner und der Buchdrucker Johannes Wagner, der aus dem Allgäu stammte. Er hatte zehn Jahre in Zürich und später in Meiningen gelebt.

Die politische Konjunktur war damals günstig für den Haller Volksverein. 1895 errang die Volkspartei die Mehrheit im württembergischen Landtag und der Volksparteiler Friedrich Payer wurde Vorsitzender der 2. Kammer. Diese Dynamik erlaubte der „Haller Zeitung“⁴⁰, die allerdings die Ideen der radikalen Demokratie vertrat, im 11. württembergischen Wahlkreis Resonanz zu finden, und sie konnte sich zeitweise auf dem lokalen Zeitungsmarkt neben dem „Haller Tagblatt“ behaupten⁴¹. Der rührige Paul Kienle engagierte sich im politischen Leben von Hall: Er wurde Mitglied des Ausschusses des lokalen Volksvereins und des Friedensvereins, der 1895 als Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft ins Leben gerufen wurde⁴². Kienle scheute sich nicht, kritische Standpunkte zu äußern, auch wenn es sich um die Tätigkeit der eigenen Partei handelte. Mit großer Konsequenz verfocht er die demokratischen Ideen von 1848, in einer Zeit, wo die „moderne“ Demokratie sich zu gewissen Kompromissen mit dem wilhelminischen Reich bereit zeigte. Georg Herwegh und Ludwig Pfau waren die Männer, auf die er sich gern berief und die er auch gern zitierte. Diese Treue verband sich mit dem Willen, zu den von der modernen Welt gestellten Problemen Stellung zu nehmen. In den Einladungen zum Abonnement erinnerte Kienle immer wieder daran, sein Blatt sei ein *Freund und Berater des Bürgers*, es sei nicht parteilos, weil es *die Pflicht jeden Staatsbürgers sei, Anteil zu nehmen an den großen Kämpfen, die die Zeit bewegen*. Der wiederholte Wandel in der Redaktion des Blattes änderte nichts an dessen harter Linie.

Paul Kienle engagierte sich für den Frieden, für die Idee eines europäischen Aufbaus auf der Grundlage einer deutsch-französischen Annäherung. Er plädierte für die Abschaffung des Sedantages und bekämpfte den Nationalitätenhaß, der durch die Schule gefördert wurde. Im Januar 1897 sprach der Historiker und Pazifist

40 Die „Haller Zeitung“ wurde 1894 als Organ des Haller Volksvereins und der Demokraten des 11. württembergischen Wahlkreises ins Leben gerufen. Ihre Aufgabe war wahrscheinlich, die bevorstehende Landtagswahl vorzubereiten. Der erste Jahrgang ist aber in keiner Bibliothek konserviert.

41 Laut einem Bericht des Königlichen Oberamts von 1898 zählte die „Haller Zeitung“ damals 1.300, das „Haller Tagblatt“ 3.700 Abonnenten, KreisA Schwäb. Hall 1/1194: Bericht des K. Oberamts betr. die Verhältnisse des Amtsblattes für den Amtsbezirk Hall an das K. Ministerium des Innern in Stuttgart v. 19. 11. 1898. Das eher nationalliberal ausgerichtete „Haller Tagblatt“ gab durchschnittlich eine Auflage von 5.000 Exemplaren an.

42 *Philippe Alexandre*: Haller für den Frieden 1870–1914. Ein Beitrag zur Geschichte der bürgerlichen Friedensbewegung im Württemberg der Kaiserzeit, in: WFr 82 (1998), S. 199–324, hier bes. S. 276–297.

Ludwig Quidde in Hall auf Einladung des Volksvereins über das Thema „Die Demokratie in der Gegenwart“. In seinem Vortrag verteidigte er die Idee: Völkerverständigung statt Militarismus. Ludwig Quidde war von 1914 bis 1929 Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft; er erhielt 1927 den Friedensnobelpreis. Er war einer der Hauptvertreter des „organisatorischen“ Pazifismus, der mit dem utopischen und romantisierenden Pazifismus von früher nichts mehr zu tun hatte. Das Ziel dieses Pazifismus war, auf die Regierungen und die öffentliche Meinung genug Einfluß zu nehmen, um dem chaotischen Zustand der internationalen Beziehungen ein Ende zu machen. Eine Friedensdiplomatie sollte die bisherige Gewaltdiplomatie ersetzen. Die Hoffnung war, daß der Verkehr zwischen den Nationen sich immer mehr auf Ausgleich und Verständigung ausrichten würde. Damit ging dieser „bürgerliche“ Pazifismus weit über die ursprünglichen Forderungen einer internationalen Schiedsgerichtsbarkeit und einer allgemeinen, gleichzeitigen Abrüstung hinaus. Er sah es als seine Aufgabe, den Chauvinismus in allen seinen Formen zu bekämpfen, die internationalen Interessenverbände aller Arten, den Ausbau des Völkerrechts und der internationalen Verwaltung zu fördern, eine Reform des bisherigen Unterrichtssystems im Sinne des Internationalismus herbeizuführen und die öffentliche Meinung über die internationale Interdependenz und den Rüstungswahnsinn aufzuklären⁴³. Dieser humanitär und weltbürgerlich gefärbte Pazifismus, der auch ein Erbe von 1848 war, zählte etliche Anhänger in Hall, und nicht nur unter den Demokraten. Der Haller Abgeordnete von Bühler war 1879 und 1880 im Reichstag mit Abrüstungsanträgen aufgetreten, die damals großes Aufsehen erregt hatten. Der Stuttgarter Tierarzt, Prof. Hoffmann, der den 11. württembergischen Wahlkreis von 1898 bis 1903 im Reichstag vertrat, setzte sich ebenfalls für den Frieden ein. Im Februar 1903 hielt er im Reichstag eine Rede zugunsten einer allgemeinen, gleichzeitigen Abrüstung und einer internationalen Schiedsgerichtsbarkeit. Die „Haller Zeitung“ gab diese ungewöhnlich lange Rede wörtlich wieder. Anfang Oktober 1900 organisierte der Haller Volksverein den Fränkischen Parteitag der Volkspartei Gasthof „Eisenbahn“. Der Landtags- und Reichstagsabgeordnete Friedrich Haußmann legte bei dieser Gelegenheit das Programm der württembergischen Demokraten dar. Gefordert wurden Verbesserungen des Verkehrswesens, die Förderung des Schulwesens durch den Staat, die Einführung einer progressiven Einkommens- und Vermögenssteuer, die Schaffung einer Gemeindeordnung, eine friedliche soziale Entwicklung. Einem Programmpunkt maß der Redner eine besondere Bedeutung bei: der Landwirtschaft, deren *traurige Lage* beunruhigend geworden war. Deshalb forderte Haußmann eine Reduzierung der Dauer des Militärdienstes, die den Bauernfamilien junge Arbeitskräfte raubte, sowie die Förderung der landwirtschaftlichen Genossenschaften und die Gründung nicht nur gewerblicher, sondern auch landwirtschaftlicher Fachschulen⁴⁴.

43 A. H. F[ried]: Sozialdemokratie und Friedensbewegung, in: Friedens-Warte, Mai 1911, S. 129–132.

44 HT Nr. 229, 2. 10. 1900.

Gerade die landwirtschaftliche Frage war eine der Hauptursachen des Verfalls der Volkspartei in der Haller Gegend. Paul Kienle bedauerte, daß die Agitation der Partei auf dem Lande gleich Null sei⁴⁵. Er selbst veröffentlichte 1899 eine Broschüre unter dem Titel *Bauernfragen* im Verlag der „Haller Zeitung“⁴⁶. Kienle versuchte, die Bauern über die Doktrin des aufsteigenden Bundes der Landwirte aufzuklären. Diese konservativ und antisemitisch ausgerichtete Partei war von den ostelbischen Großgrundbesitzern inspiriert. Diese verlangten Schutzzölle, die den Preis der Getreide in die Höhe gehen lassen sollten, wovon sie sich größere Gewinne erhofften. Die Kleinbauern schlossen sich dem Bund der Landwirte an, weil sie gegenüber der Krise, die aus der Modernisierung der Landwirtschaft und der internationalen Konkurrenz resultierte, ratlos, ja verzweifelt waren. Sie sahen aber nicht ein, daß ihre Interessen nicht dieselben waren wie die der Großgrundbesitzer.

Selbst wenn die Landesversammlung der Deutschen Volkspartei im Januar 1903 mit 1.500 Teilnehmern noch nie so gut beschickt worden war, selbst wenn die Partei im Lande sich auf 120 Volksvereine stützen konnte und Propagandamaterial in größeren Mengen verbreitete, warnte die „Haller Zeitung“ vor der Gefahr. Bei der Reichstagswahl vom Juni 1903 konnte sich der gemeinsame Kandidat der Deutschen Partei und der Volkspartei, der Finanzrat Dr. Losch⁴⁷, gegenüber dem Kandidaten des Bundes der Landwirte nicht behaupten. Im gesamten Wahlkreis hatte Losch nur 26 % der Stimmen erhalten. In Hall selbst waren dem Bauernbündler allerdings nur 25 Stimmen zugefallen. Noch einmal hatten die Demokraten und die Rechtsliberalen eine Wahlallianz abgeschlossen, um gegen die neue, wachsende Gefahr Front zu machen. Diese Strategie blieb aber ohne Wirkung. Erstens wuchs der Einfluß des Bundes der Landwirte auf dem Land immer mehr. Zweitens waren die Wählermassen noch nicht reif für die Idee einer „großen liberalen Mittelpartei“. Die beiden Verbündeten zogen nicht dieselben Schlüsse aus der Niederlage. Die Deutsche Partei behauptete, eine Schwenkung nach rechts sei notwendig. Die Volksparteiler waren der Ansicht, der Kandidat Losch sei nicht der richtige gewesen. Ein Beamter mit Finanzrattitel konnte sich ihrer Meinung nach nicht scharf genug von dem Kandidaten des Bundes der Landwirte unterscheiden. Eine „Politik des Mittelwegs“ erschien den Demokraten zwar sehr schwierig, aber auch sehr nötig; sie verstanden sie als eine *Politik nach vorwärts*, d. h. als eine entschieden

45 HT Nr. 152, 4. 7. 1900.

46 Paul Kienle: *Bauernfragen*. Aus der „Haller Zeitung“. Schwäbisch Hall 1899, 21 S.

47 Der Statistiker Hermann Losch (1863 (Murrhardt) – 1935 (Stuttgart)) war 1893 in das Württembergische Statistische Landesamt berufen worden. 1892 hatte er das Buch: *Nationale Produktion und nationale Berufsgliederung* (Leipzig, bei Duncker & Humblot) veröffentlicht. Dieses Buch bezeichnete Friedrich Naumann 1901 als „die erste größere nationalsoziale Arbeit überhaupt“. S. *Friedrich Naumann*: *Nationale Produktion*, in: *Die Hilfe* Nr. 37, 15. 9. 1901, S. 3 f. 1901 trat Hermann Losch mit der Schrift: *Württembergische Gegenwartsfragen und Zukunftssorgen* (Stuttgart, bei W. Kohlhammer) hervor. Eine zweite Auflage erschien 1903, kurz bevor er im 11. württembergischen Wahlkreis kandidierte. HT Nr. 123 a, 29. 5. 1903 (Rezension).

fortschrittliche⁴⁸. Der sozialdemokratische Kandidat, der Krankenkassenkassierer Krüger, hatte mit 20,5 % der Stimmen eine erstaunlich hohe Stimmenzahl erzielt⁴⁹.

Kandidaten	Hall	Oberamt	11. Wahlkreis
Losch (Volkspartei + Deutsche Partei)	748	1.318	4.790
Vogt (Bund der Landwirte)	25	1.915	9.159
Krüger (Sozialdemokratie)	544	1.177	3.637
Gröber (Zentrum)	52	239	411

Tabelle 1 Ergebnisse der Reichstagswahl von 1903 (HT Nr. 138, 17. 6. 1903).

Die Landtagswahlen von 1907 zeigten, daß die Stadt Hall der Entwicklung des gesamten Wahlbezirks nicht folgte. In Hall erhielt der Bauernbund nur 351 Stimmen, die Volkspartei 5.421, die Sozialdemokratie 3.812, die Deutsche Partei 1.657. Im Wahlbezirk erhielt der Bauernbund 17.721 Stimmen, die Volkspartei 12.583, die Sozialdemokratie 6.234, die Deutsche Partei 2.335. Da inzwischen die von den Demokraten gewünschte Verhältniswahl eingeführt worden war, reflektierte dieses Wahlergebnis das Kräfteverhältnis ziemlich genau. Hall selbst blieb also weitgehend eine Domäne der Linken. In der Stadt befand sich die Sozialdemokratie in einem ständigen Aufstieg. Auf dem Land ging es anders. Hier gewann der Bund der Landwirte immer mehr an Einfluß unter der besorgten Bauernschaft⁵⁰.

Die Folge dieser Entwicklung war, daß die Links- und die Rechtsliberalen (in Württemberg die Deutsche Partei) überall Annäherungsversuche machten. Im Januar 1905, bei einer wichtigen Versammlung der Volkspartei in Stuttgart, die eine Wende einleitete, erklärte Friedrich Payer, der Typus des „modernen“ Demokraten, ein Zusammengehen mit der Deutschen Partei sei notwendig, ein *friedliches Auskommen mit der Sozialdemokratie dagegen nicht mehr möglich*⁵¹. Eine richtige Annäherung zwischen Links- und Rechtsliberalen stellte sich als unmöglich heraus. Unter dem maßgeblichen Einfluß von Theodor Barth in Baden und von Friedrich Naumann in Württemberg, der 1907 zum Abgeordneten von Heilbronn gewählt wurde, sollte es aber schließlich zu einem Zusammenschluß aller linksliberalen Splitterparteien kommen.

48 HT Nr. 143, 23. 6. 1903.

49 Ergebnisse der Reichstagswahl von 1903 im 11. württembergischen Wahlkreis, in: HT Nr. 138, 17. 6. 1903.

50 HT Nr. 9, 11. 1. 1907.

51 HT Nr. 5, 7. 1. 1905.

Der einflußreiche Heilbronner Karl Betz, der 1907 im 11. Wahlkreis kandidierte, predigte offen den Bruch mit der Sozialdemokratie. Aber seine programmatische Rede offenbarte den Wandel, der seit der Reichsgründung in der Volkspartei eingetreten war. Die Parole lautete in der alten freisinnigen Tradition: „Los von Rom!“ Das deutsche Volk sollte *aus dem schwarzen Sumpf* herauskommen, es galt, *mit dem Zentrum auf[zu]räumen*. Die Kolonialpolitik, der Radikale wie Paul Kienle noch sehr kritisch gegenüberstanden, wurde jetzt unter bestimmten Bedingungen unterstützt. Die „moderne“ Demokratie betrachtete es sogar als *eine Ehrensache für das deutsche Volk*, die Summen zu bewilligen, die nötig waren, um den Aufstand der Hottentotten in Deutsch-Südwestafrika zu beenden. Eine Kolonialpolitik mußte schon betrieben werden, damit Deutschland auf diesem Gebiet den anderen Mächten ebenbürtig sein könne, sie sollte aber eine *vernünftige* Kolonialpolitik sein, d. h. eine, die eine Mißhandlung der Eingeborenen ausschloß, der Verteilung der Kolonialgebiete an große Gesellschaften ein Ende machte, dagegen allen Schichten des deutschen Volkes die Möglichkeit gab, sich in einer Kolonie des Reiches niederzulassen, wenn nötig mit der Hilfe des Staates. Es galt außerdem, die Machtstellung des Reiches in der Welt zu sichern und dabei mit Hilfe des Ausbaus einer internationalen Schiedsgerichtsbarkeit den Frieden zu erhalten. *Wir sind keine Flotten- und Militärschwärmer*, erklärte Karl Betz, *aber was für die Machtstellung des Reiches nötig ist, werden wir bewilligen*. Er erinnerte abschließend an den heiligen Grundsatz der Volkspartei: *Die Demokratie tritt für alle Volksschichten ein zum Nutzen und Segen für unser deutsches Vaterland. Für alle Schichten*. Darin lag der unüberbrückbare Gegensatz mit der Sozialdemokratie, welcher die Demokraten vorwarfen, nur die Sonderinteressen einer einzigen Klasse zu vertreten. Deshalb erklärte Karl Betz: *Die Demokratie und die Sozialdemokratie sind Gegner*⁵². Selbst wenn sie weiterhin taktische Wahlbündnisse abschlossen, schienen beide Parteien ideologisch immer mehr auseinanderzugehen. Im Jahre 1910 sollten sich alle linksliberalen Splitterparteien – nach schwierigen Verhandlungen, die wir durch das „Haller Tagblatt“ verfolgen können – zur Deutschen Freisinnigen Volkspartei vereinigen.

Die Haller Sozialdemokraten von 1890 bis 1914

Von 1878 bis 1890 hatte die deutsche Sozialdemokratie 12 Jahre Unterdrückung durchgemacht. Bismarck sah in den Fortschritten dieser Partei als Glied einer immer stärker werdenden internationalistischen Bewegung eine Bedrohung für den Zusammenhalt und den Fortbestand des neuen Deutschen Reiches. 1878 hatte er zwei Attentate von Wirtköpfen auf die Person des Kaisers zum Anlaß genommen,

52 XI. Wahlkreis. Hall, in: HT Nr. 18, 22. 1. 1907.

um ein Ausnahmegesetz durchzusetzen, das der Sozialdemokratie jede Organisationsmöglichkeit entzog⁵³.

Wie sah vor dem Inkrafttreten des „Sozialistengesetzes“ die Situation der Haller Sozialdemokraten aus? Der Haller Arbeiterverein zählte damals etwa 50 Mitglieder, die fast alle unselbständige Handwerksgehilfen waren. Die Holz- und Metallarbeiter hatten zwei lokale Gewerkschaftsgruppen gebildet. Zur Haller Arbeiterorganisation zählte noch ein Singkranz, der den Namen „Liberté“ angenommen hatte. Da 1878 ein förmliches Verbot über sie verhängt worden war, mußten sich alle Komponenten dieser Organisation auflösen, bis auf den Arbeitergesangverein, der seinen Statuten nach unpolitisch war. Er sollte als letzte sozialdemokratische Bastion in Hall überleben, war jedoch den Schikanen der Polizei ausgesetzt⁵⁴.

In den Jahren der Unterdrückung lernten die Sozialdemokraten die Taktik des Widerstands. Wer aber Widerstand leistete oder sich an illegalen Aktivitäten beteiligte, wußte, daß er sich schwere Strafen zuziehen konnte. Bei den Reichstagswahlen von 1881, 1884 und 1887 schlugen die Sozialdemokraten des 11. Wahlkreises symbolisch Bebel als Kandidat vor. Bei der Reichstagswahl von 1890, nach Aufhebung des Sozialistengesetzes, kandidierte Christoph Schwend. Auf einer zahlreich besuchten Wahlversammlung betonte dieser nicht ohne Stolz, was seine Partei schon erreicht hatte. Im Vorfeld der Reichstagswahl hatte der Kaiser eine Kabinettsorder an den Reichskanzler veröffentlicht, in der er sich entschlossen erklärte, zur Verbesserung der Lage der deutschen Arbeiter die Hand zu bieten. Natürlich sollte die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben. Das war aber eine Geste, die zeigte, daß der Kaiser nach dem Scheitern von Bismarcks negativer Integrationspolitik das Blatt wenden wollte⁵⁵.

Auf derselben wichtigen Wahlversammlung vom 18. 2. 1890 sprach Heinz Dietz aus Stuttgart, der Verleger der Werke von Marx, Engels, Lassalle, der Zeitschriften „Die Neue Zeit“, „Die Gleichheit“ und des Witzblattes „Der Wahre Jacob“. Dietz erinnerte an die Wahlergebnisse von 1887. Die öffentliche Meinung, die merkwürdigerweise umgeschlagen war, hatte die „Kartellparteien“ in den Reichstag gewählt, die die Regierung in der Frage der Militärausgaben unterstützen sollten. Die Sozialdemokraten weigerten sich weiterhin, die Milliardenkosten für das Heer zu bewilligen, weil sie darin eine Kriegsgefahr erkannten. Sie waren auch gegen die indirekten Steuern, unter denen das Volk beim Kauf lebensnotwendiger Produkte zu leiden hatte. Ebenso verwarfen sie die Zölle, die zugunsten der Großagrarien den Preis des Brotes in die Höhe gingen ließen. In all diesen Punkten stimmten sie mit der Volkspartei überein. Begrüßten sie die neuere Sozialgesetzung des Reiches in ihrem Prinzip, so hatten sie jedoch manches an deren Praxis auszusetzen. Bei der Rentenversicherung fanden sie die Altersgrenze zu hoch und die Ren-

53 *Manfred Ackermann, Hans-Peter Müller, Silvia Schlegel*: 125 Jahre Arbeiterbewegung in Hall. Eine Ausstellung der Stadt und des Landkreises Schwäbisch Hall, Schwäbisch Hall 1989.

54 *Müller*: Parteien und Politik (wie Anm. 10).

55 Der Kaiser und die Arbeiterfrage, in: HT Nr. 31, 7.2. 1890.

tensätze zu gering, bei den verschiedenen Versicherungsbranchen die Karenzzeit zu lang. Bei der Invaliditätsversicherung stießen die Arbeiter sehr oft auf Schwierigkeiten, wenn es galt, die Invalidität nachzuweisen. Und alles, was der Arbeiter bekam, mußte er schließlich selber bezahlen. Dietz verlangte selbstverständlich auch die Aufhebung des Sozialistengesetzes.

Beachtenswert ist, daß die Redaktion des „Haller Tagblatts“ die Berichte über die (Wahl)versammlungen der Sozialdemokratie mit Bemerkungen in Klammern unterbrach. Die Neutralität des Berichterstatters vergessend, ergriff sie Partei, um die Aussagen und die Stellungnahmen der Sozialisten abzuschwächen oder zu korrigieren. Dietz verlangte z. B. die Abschaffung der stehenden Heere, wobei er weise hinzufügte: *Das wird nicht von heute auf morgen gehen*; die Redaktion des „Haller Tagblatts“ glaubte, dazu folgende ironische Bemerkung machen zu müssen: *Das ist ein Ideal, dessen Verwirklichung noch in weiter, nebelgrauer Ferne liegt*⁵⁶.

Dietz war ein gewandter Redner, dessen Worte für den Kandidaten Schwend wertvoll waren. Das Ergebnis der Wahl zeigte, daß 1890 in der Stadt Hall die Volkspartei und die Deutsche Partei gleichstarke Kräfte waren, deren Kandidaten jeweils rund 500 Stimmen erhielten. Der Sozialist Schwend schnitt aber mit 313 Stimmen sehr gut ab. Im gesamten Oberamt erhielt dieser allerdings nur 458 Stimmen. Der Kandidat der Deutschen Partei siegte im Oberamt mit 2.311 Stimmen, während der Volksparteiler nur 1.389 Stimmen erhielt⁵⁷. Das gute Resultat von Schwend in Hall reflektierte, was die Sozialdemokraten im ganzen Reich erreicht hatten. Die Zahl ihrer Mandate war von 11 auf 35 gestiegen, sie hatten mit 19,8 % die Zahl ihrer Stimmen quasi verdoppelt. Im März mußte Bismarck von seinem Amt zurücktreten, weil die Kräfte, die er bekämpft hatte, das Zentrum und die Sozialdemokratie, stärker aus dieser Reichstagswahl hervorgegangen waren. Das Sozialistengesetz wurde Ende September 1890 aufgehoben.

Im Sommer war Christoph Schwend gestorben⁵⁸, was die Haller Sozialdemokraten nicht daran hinderte, sehr bald mit dem Wiederaufbau ihrer Organisation zu beginnen. Auch sie konnten von nun an alljährlich eine Märzfeier veranstalten. Die vom 20. März 1898 fand im Gasthaus „Zum Ochsen“ statt. Die Festrede hielt Seyther aus Stuttgart, der Reichstagskandidat der Sozialdemokratie im 11. Wahlkreis. Dieser schilderte die politischen Zustände in Deutschland unter Metternich, erwähnte dann die Ereignisse in Paris und in Wien und die Straßenkämpfe in Berlin. Er beschloß seine Rede mit der Mahnung, das Erbe der Kämpfer von 1848 treu zu bewahren und dahin zu wirken, daß die Forderungen, für die das Volk damals gekämpft hatte und die ihm dann zum Teil wieder genommen worden waren, endlich verwirklicht wurden. *Die Arbeiter sind die Erben der Märzgefallenen*, erklärte Seyther, *und für die Haller Arbeiter ist die beste Weise, diese Opfer der Revolution*

56 Wählerversammlung für den sozialdemokratischen Kandidaten Herrn Chr. Schwend, in: HT Nrn. 41 u. 42, 19. u. 20. 2. 1890.

57 HT Nr. 44, 22. 2. 1890.

58 HT Nr. 155, 6. 7. 1890.

zu ehren, bei der bevorstehenden Wahl für einen sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen⁵⁹.

Ab 1890 wurde die Maifeier auch das Fest der deutschen Arbeiter⁶⁰. In Hall wurde sie jedes Jahr vom Arbeiterverein und von den Vereinigten Gewerkschaften veranstaltet. Die Festreden waren jedesmal die Gelegenheit, an die sozialen Forderungen der Arbeiterschaft zu erinnern, z. B. an die Begrenzung der Arbeitszeit, oder akute Fragen, wie die Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter, zu behandeln. Der unterhaltende Teil des Festes fand außerhalb, auf dem Einkorn statt. Die Mitglieder der Gewerkschaften und des Arbeitervereins bildeten einen imposanten Zug, der mit der Kapelle voran sich bis zum Festort bewegte. Nachmittags wurde getrunken, gesungen und getanzt. Eine solche Feier versammelte etwa 1.000 Personen⁶¹. Fiel der 1. Mai auf einen Sonntag, dann konnten sehr viele an der Feier teilnehmen; sonst entstanden nicht selten Spannungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern.

Die Einladung, die das Festkomitee 1911 im Anzeigenteil des „Haller Tagblatts“ veröffentlichte, zeigt, welche Bedeutung die Maifeier seit 1890 erlangt hatte. Der Text dieser Einladung lautete: *Die klassenbewusste Arbeiterschaft der ganzen Welt demonstriert am 1. Mai für den 8-Stunden-Tag, für Arbeiterschutz und für den Völkerfrieden. Wir fordern die gesamte Arbeiterschaft von Hall und Umgebung auf, sich vollzählig an der am Montag stattfindenden Feier zu beteiligen. An die Herren Arbeitgeber richten wir das höfliche Ersuchen, ihren Arbeitern den Nachmittag frei zu geben*⁶². Das zahlreich besuchte Fest offenbarte die Stärke und die Organisation der lokalen Arbeiterbewegung. 1911 fand zur gleichen Zeit in Stuttgart ein Maifestumzug statt. Da das Tragen von Parteiabzeichen verboten worden war, hatten alle Teilnehmer ihr Knopfloch mit einer roten Nelke geschmückt. In der Festrede wandte sich der Reichstagsabgeordnete Karl Hildenbrand (1863–1935) mit besonderer Schärfe gegen den Militarismus. *Für die Kultur bleibt nichts übrig, weil die Unkultur alles auffrisst*, erklärte er eingangs. *Die Arbeiter haben gar kein Interesse daran, sich als Kanonenfutter im Dienste der herrschenden Klassen und des Kapitals gegen andere Völker verwenden zu lassen. Sollte sich dieser Gedanke in allen Klassen der Gesellschaft verbreiten, es war seine Überzeugung, dann würde der allgemeine Völkerfriede eine Realität werden. Nach Hildenbrands Rede wurde eine Resolution angenommen, die das *wahnsinnige Wettrüsten* verwarf und eine Beschränkung der Rüstungsausgaben forderte⁶³.*

Die eigene Festkultur und das gesellige Leben, die die Sozialdemokraten entwickelten, bildeten unter ihnen das Gemeinschaftsgefühl aus. Sie verspürten das Be-

59 HT Nr. 67, 22. 3. 1898.

60 Nach einigen Ansätzen innerhalb der Arbeiterbewegung der USA wurde 1889 (erstmalig für 1890) in Paris der 1. Mai als sozialistischer Feiertag festgelegt. Nach 1918 sollte der 1. Mai in einigen europäischen Ländern gesetzlicher Feiertag werden.

61 Maifeier, 1. 5. 1898, in: HT Nr. 101, 3. 5. 1898.

62 HT Nr. 99, 29. 4. 1911.

63 HT Nr. 101, 2. 5. 1911 (Maifeiern).

dürfnis zusammenzuhalten, denn selbst nach Aufhebung des Sozialistengesetzes hatten die organisierten Arbeiter noch lange Jahre unter gesellschaftlicher Diskriminierung zu leiden, wie wir am Beispiel der Haller Arbeitervereine sehen werden. Unter dem Druck des Sozialistengesetzes und als Folge der Spannungen, die zwischen der bürgerlichen Gesellschaft und der organisierten Arbeiterschaft entstanden waren, hatte letztere allmählich eine in sich abgeschlossene Welt gebildet. Die Kluft schien sich zu vertiefen. Darin liegt eine Tragik der deutschen Gesellschaft der Kaiserzeit, der erst der Burgfrieden im August 1914 vorläufig ein Ende machen sollte.

Das Leben der Haller Arbeiter organisierte sich auch um zwei Vereine, nämlich um den Arbeitersängerverein „Liberté“ und den Arbeiterturnverein, die regelmäßig zu Proben, geselligen Versammlungen und Konzerten einluden. Beide Vereine beteiligten sich an den großen Sänger- bzw. Turntagen der Sozialdemokratie in Württemberg und im ganzen Reich. Im Juli 1907 fand z. B. in Heilbronn der Dritte Sängertag des württembergischen Arbeitersängerbundes statt. Über 60 Gruppen waren aus dem ganzen Land sowie aus badischen und bayerischen Nachbarstädten gekommen. Die Sänger bildeten einen Zug, der durch die Straßen an einer dicht gedrängten Menge vorbeidefilerte. In den Wirtschaften waren Büffets angerichtet worden. In der Festrede betonte Karl Hildenbrand die Bedeutung des Gesangs für die Arbeiterbewegung. Er bemerkte, die Arbeitergesangvereine und der Arbeitersängerbund würden von den Gegnern ebenso bekämpft wie die politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen. Die Ziele des Arbeitersängerbundes seien, die Poesie und den Freiheitsgesang zu pflegen, die Schöpfungen der größten Dichter des 19. Jahrhunderts und die Ideale, die darin liegen, im Gesang zu verbreiten und der ganzen Menschheit näherzubringen. Er zitierte Uhland: *Sie sangen von Lenz und Liebe,/ Von seliger, goldener Zeit,/ Von Freiheit, Menschenwürde,/ Von Treue und Heiligkeit.* Darauf bemerkte er polemisch: *Diese Verse treffen auf die bürgerlichen Gesangvereine schon längst nicht mehr zu. Sie singen allerdings noch von Lenz und Liebe. Von Freiheit und Menschenwürde wollen sie jedoch nichts mehr wissen.* Wenn Hildenbrand sich polemisch zeigte, so hatte er gute Gründe. Der Schwäbische Sängerbund hatte gedroht: Die Vereine, die am Heilbronner Sängertag teilnehmen würden, sollten aus dem Bund ausgeschlossen werden. Und die Eisenbahnverwaltung hatte den Arbeitern die Fahrpreisermäßigung verweigert, die sie sonst jedem Kriegerverein oder jedem Viehmarkthändler gewährte. In dieser Diskriminierung sah Hildenbrand eine Aufforderung zum Kampf für Wahrheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. *Der Arbeitersängerbund muß durch den Gesang die Massen begeistern, erklärte er, um das große Ziel zu erreichen, daß diejenigen, die arbeiten, auch so viel verdienen, um ein menschenwürdiges Dasein führen zu können, daß in Staat und Gesellschaft Freiheit und Gerechtigkeit durchgeführt werden. Dann erst ist das große Menschheitsideal erreicht und ist es möglich, daß wir zufrieden sein können*⁶⁴.

64 HT Nr. 165, 18. 7. 1905.

Die gleiche Stimmung beseelte die große Versammlung, die der Haller Arbeiterturnverein „Vorwärts“ von Hall am 19. Februar 1910 veranstaltete. Der Gemeinderat, an den er sich schon mehrere Male gewandt hatte, hatte ihm wiederholt die Möglichkeit verweigert, die städtische Turnhalle zu benutzen. Deshalb hatte er sich entschlossen, diese Art Protestversammlung abzuhalten. Turngenosse Frey aus Stuttgart trat hier als Redner auf. Er erinnerte an die Ursprünge des Turnwesens, dessen Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit die Arbeiterbewegung erkannt habe. Er erwähnte die Gründung der Deutschen Turnerschaft, die 1865, in der Zeit der Nationalbewegung, gegründet worden war. Warum hatten die Arbeiter eine eigene Turnerschaft ins Leben gerufen? *Derjenige, der gewöhnt ist, sich frei zu bewegen, den Körper von allen Übeln frei zu machen, ist auch von einem freieren Geiste beseelt*, erklärte Frey. *Der freie Geist läßt sich aber nicht so leicht in Fesseln schlagen*. Der Redner weigerte sich, eine direkte Verbindungslinie zwischen Jahn und der jetzigen Zeit zu sehen; es waren, meinte er, ganz andere Zeiten. Was er aber bei der frühen Turnerbewegung betonte, war, daß Jahns Anhänger *eifrige Verfechter der freiheitlichen Ideen* gewesen waren. Noch bis in die 60er und 70er Jahre des 19. Jahrhunderts hinein hatte ein freiheitlicher Zug durch die Organisation der Turnerei geweht. Dr. Ferdinand Götz, der 1910 immer noch an der Spitze der Deutschen Turnerschaft stand, war noch in den 70er Jahren ein radikaler Verfechter freiheitlicher Gedanken. Weil dann ein deutlicher Wandel in der Deutschen Turnerschaft eingetreten war, hatte ein Teil der Turner dieser Organisation den Rücken gekehrt. Die Konservativen in der Leitung der Deutschen Turnerschaft bezeichnete Frey als unfähig, sich dem *Zuge der Zeit* anzupassen, und er warf ihnen auch vor, sich unduldsam gegenüber den freiheitlich gesinnten Elementen verhalten zu haben, so daß letztere die Organisation hatten verlassen müssen. Unter diesen Umständen war der Arbeiterturnerbund ins Leben gerufen worden⁶⁵.

Zu den Zielen der Arbeitervereine gehörte auch die Aufklärung der Arbeitermassen über die großen Fragen der Zeit. Deshalb veranstaltete der Haller Arbeiterverein Vortragsabende. Eines der wichtigsten Themen der soziodemokratischen Propaganda bildeten der Militarismus und der Weltfriede. Als der Zar 1898 die Einberufung einer internationalen Abrüstungskonferenz vorschlug, sahen die Sozialdemokraten in dieser Initiative, wie ihr Reichstagsabgeordneter, der Darmstädter Kramer, sagte, *ein wertvolles Mittel zur Agitation gegen den Militarismus*. *Unsere heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse lassen einen dauernden Frieden gar nicht zu*, erklärte Kramer. *Die Kriegslust ist gewissen Kreisen so in Fleisch und Blut übergegangen, daß man nicht an eine Abrüstung herantreten will, und dann ist die Soldateska nicht nur gegen den äußeren, sondern zugestandenermaßen auch gegen den 'inneren Feind' gerichtet, sie soll die Massen der Arbeiter niederhalten. Deshalb will die bürgerliche Gesellschaft nicht auf die stehenden Heere verzichten*⁶⁶. Die Botschaft war klar: Einen radikalen Wandel in den gesellschaftlichen Zustän-

65 HT Nr. 41, 19. 2. 1910, 2. Blatt.

66 HT Nr. 236, 9. 10. 1898 (Leitartikel).

den der Staaten betrachteten die Sozialdemokraten als eine Voraussetzung für den Weltfrieden. Auf dem Stuttgarter Parteitag vom 8. Oktober 1898 begrüßte Bebel den Vorschlag des Zaren⁶⁷. Die Sozialdemokraten aller Länder sahen sich dadurch in ihrer Opposition gegen *die an Wahnsinn grenzenden militärischen Rüstungen* bekräftigt. Im März desselben Jahres hatte der Reichstagskandidat Seyther in Hall über die Flottenvorlage referiert. Er meinte u.a., daß Verträge besser seien als Kriegsschiffe, um die deutsche Flotte auf den Meeren der Welt zu schützen⁶⁸. Die Agitation der Volkspartei, des Haller Friedensvereins und der Haller Sozialdemokraten für den Frieden blieb offensichtlich nicht ohne Wirkung. Man kann einen Zusammenhang sehen zwischen dieser Agitation und der Tatsache, daß die Kriegervereine im Oberamtsbezirk Hall weniger Erfolg hatten als in anderen. Dieser Tatbestand charakterisierte aber nicht unbedeutende Teile des Landes. Die „Württembergische Kriegszeitung“, das Organ des Württembergischen Kriegerbundes, bemängelte, daß es im Lande Oberamtsbezirke gebe, in dem nicht einmal die Hälfte der Gemeinden Kriegervereine besaßen. Das hing wohl damit zusammen, daß Württemberg sich zum Kerngebiet der Deutschen Friedensgesellschaft entwickelt hatte. Hier übte die Volkspartei, als „Partei des Friedens“, einen maßgeblichen Einfluß aus. Der anonyme Einsender eines Artikels im „Haller Tagblatt“ bedauerte 1910 diesen Tatbestand und bemerkte: *Der Oberamtsbezirk Hall zählt nur 10 Kriegervereine mit insgesamt 1.123 Mitgliedern. Damit ist er von allen ihn umgebenden Oberamtsbezirken bedeutend überholt, obwohl er dichter bevölkert ist*⁶⁹.

Die internationalen Beziehungen, der Weltwirtschaftsbetrieb, d. h. die beginnende „Globalisierung“, war neben dem Imperialismus und dem Militarismus eine der großen Fragen der modernen Welt, zu der die Sozialdemokraten Stellung nahmen. *National und international* war das Thema eines Vortrags, den der sozialdemokratische Führer Seyther im September 1901 im Haller Gasthaus „Zum Pflug“ auf Einladung des Arbeitervereins und der Vereinigten Gewerkschaften hielt. *Das moderne Wirtschaftsleben hat internationale Vereinbarungen erforderlich gemacht, um die Interessen über die Grenzen hinaus auszugleichen, viele Berufsbranchen und Interessengruppen veranstalten internationale Kongresse*, erklärte Seyther. *Das ist eine natürliche Entwicklung der Welt. Ebenso natürlich haben sich die Arbeiter in gewerkschaftlichen und politischen Organisationen vereinigt, um ihre Interessen zu wahren. International ist aber vor allem das Kapital. Die verschiedensten Gruppen des Unternehmertums: Syndikate, Trusts, Ringe haben sich über die ganze Welt verbreitet. Der Arbeiter, der nichts sein eigen nennen kann als seine Arbeitskraft, die er so teuer wie möglich zu verkaufen sucht, fühlt auch die Notwendigkeit, sich international zu organisieren. Ein internationales Klassenbewußt-*

67 Sozialdemokratischer Parteitag. Stuttgart, 8. Oktober, in: HT Nr. 237, 11. 10. 1898.

68 HT Nr. 55, 8. 3. 1898.

69 Der Oberamtsbezirk Crailsheim zählte 23 Vereine (1.495 Mitglieder), Gaildorf 21 (1.565 Mitglieder) und Weinsberg 29 (1.474 Mitglieder), vgl. HT Nr. 33, 10. 2. 1910.

sein allein kann die Interessen der Arbeiter wirksam wahren im Kontext der Entwicklung der Welt.

Seyther bemühte sich, namentlich den Gegnern der Sozialdemokratie zu antworten. Dieser wurde immer wieder Mangel an Patriotismus vorgeworfen wegen ihrer internationalen Organisation. Weshalb sollte das nicht auch auf die Unternehmer zutreffen? *Sind übrigens auch nicht alle Staatsangehörigen irgendwie international gesinnt durch ihre Religion, ihren Beruf oder die Handelsbeziehungen?* Diese Tatsache führte Seyther zu einer Überlegung über den Patriotismus. Im Patriotismus sah er nur ein Mittel, alle diese verschiedenen Interessen zusammenzuhalten. *Deshalb sucht man ihn durch den Schulunterricht den Kindern einzupflanzen*, erklärte er weiter. *Man sucht ihn durch Demonstrationen, Reden auszubilden und wach zu halten.* Dieses *anerzogene Gefühl*, stellte er fest, hatte schon *zu den größten Verirrungen geführt*. Im Namen des Patriotismus wurden auch die Rassen gegeneinander gehetzt. Betrachtete er die ständigen Änderungen in den Grenzen zwischen den Ländern, dann konnte Seyther im *engeren Patriotismus* nur ein Übel sehen. Ging er davon aus, daß es keine reine Rasse mehr gibt, konnte er den Patriotismus auf rassischer Grundlage nur *unberechtigt* finden.

Einige vertraten die Ansicht, man würde diesem Tatbestand ein Ende machen durch die Schaffung einer Weltrepublik, die alle Staaten und alle Menschen unter einer Regierung vereinigen würde. Eine solche Republik betrachtete Seyther als unmöglich. Das internationale Verkehrswesen sollte aber gefördert und ausgebaut werden. Dann würden sich die Menschen nicht mehr gegenseitig anfeinden und unterdrücken, sie würden sich verstehen lernen. Der Sozialismus erschien ihm als die geeignete Lösung, um dieses Ziel zu erreichen, da er überall verstanden sei und die Interessen der Menschen überall die gleichen seien. Die moderne Produktionsweise hatte, meinte Seyther, eine allgemeine Verwirrung angerichtet in den Köpfen der Arbeiter und der Unternehmer. Die Unternehmer suchten, die *Ausbeuterei* international zu organisieren; die Arbeiter hatten ihrerseits die Notwendigkeit, ihre Solidarität international zu verstärken, erkannt. Seyther glaubte aber an die Möglichkeit, *Staatenverbände* aufzubauen, eine *Kulturwelt* zu schaffen, die die Interessen der Arbeiter einheitlich wahren und die Produktion dem Konsum anpassen würde. Solche Vorstellungen konnten nicht von heute auf morgen in die Praxis umgesetzt werden, gab er zu. Notwendig war zunächst eine Aufklärung der Massen. Die Massen mußten in die neue Ordnung hineinwachsen und selber darauf hinwirken, daß die zukünftige Gesellschaftsordnung in ihrem Interesse gestaltet werde. Wenn der große Moment kommt, erklärte Seyther abschließend, müssen die Massen fähig sein, die Verwaltung und die Produktion in die Hand zu nehmen und wirksam weiterzuführen.

So lautete der sozialdemokratische Diskurs, den die Haller vor 1914 zu hören bekamen. Die Sozialdemokratie war aber damals ebenso gespalten wie das liberale Lager, und zwar nicht nur wegen des Revisionismus, der zentrale Aussagen des Marxismus neu zu bewerten suchte. Die Ausführungen von Seyther waren, wie man sieht, eher vorsichtig und gemäßigt. Er ließ bewußt die Frage des *Zukunfts-*

staaten offen, die bestehenden Zustände betrachtete er als ein mögliches Mittel für das Proletariat, die Gesellschaft im legalen Rahmen neu zu gestalten.

Eine heikle Frage war auch die des Verhältnisses der Sozialdemokratie zur demokratischen Volkspartei. Dies offenbarte sich ganz klar auf der Stuttgarter Landesversammlung der württembergischen Sozialisten im April 1905, die 800 Delegierte aus 143 Orten versammelte. Es stellte sich als schwierig heraus, eine einheitliche Linie zur Frage der Haltung gegenüber der Volkspartei nach ihrer „Rechtsschwenkung“ zu finden. Die Radikalen polemisierten in der „Schwäbischen Tagwacht“, dem Organ der württembergischen Sozialisten, gegen den „Stuttgarter Beobachter“. Die Realisten befürchteten aber eine Isolierung der Sozialdemokratie, die vor der Reichstagswahl zu vermeiden sei, denn taktische Wahlallianzen mit den Demokraten blieben eine Notwendigkeit⁷⁰. Die Sozialdemokratische Partei erklärte, sie wolle für die Interessen der Gesamtheit eintreten⁷¹. Diesen Anspruch sprach ihr aber die Volkspartei ab, die ihr eben vorwarf, einseitig die Sonderinteressen einer einzigen Klasse zu vertreten, während sie, die Volkspartei, für die Interessen aller Klassen zu wirken behauptete.

Fazit

Diese Skizze einer Geschichte der Erben der 48er Revolution im Hall der Kaiserzeit zeigt deutlich die Folgen der Trennung der bürgerlichen und der sozialen Demokratie. Männer wie Friedrich Naumann und Theodor Barth arbeiteten um die Jahrhundertwende unter der Parole „von Bebel bis Bassermann“ auf die Bildung einer breiten Front aller fortschrittlich gesinnten Deutschen hin. Die Aufgabe dieser regierungsfähigen Front sollte es sein, eine demokratische Alternative für Deutschland vorzubereiten. Sie erkannten die Notwendigkeit, das Reich ohne Gefahr den Forderungen der Modernität anzupassen. Diese Bemühungen kamen aber zu spät. Sie blieben ohne Wirkung, weil der Druck des Systems zu groß war. Dieser Wunsch nach einer Parlamentarisierung der konstitutionellen Monarchie ging nicht in Erfüllung, das Wettrüsten nahm kein Ende. In Frankreich wie in Deutschland beherrschte der Chauvinismus die Geister. Es handle sich um den inneren oder um den äußeren Frieden, die Agitation der fortschrittlichen Kräfte mußte ohne Wirkung bleiben.

Diese Fallstudie Schwäbisch Hall zeigt aber auch, daß die deutsche Gesellschaft der Kaiserzeit ein großes Potential an alternativen Kräften offenbarte, die sich allerdings nicht zu einem harmonischen Ganzen vereinigen konnten, weil diese Gesellschaft sich zu einer Milieugesellschaft entwickelt hatte, die tiefe Risse aufwies. Die allgemeine Krise, die daraus resultierte, daß die Milieus die Probleme der Mo-

70 Aus dem Parteileben. Landesversammlung der Sozialdemokraten Württembergs. Stuttgart, 25. April, in: HT Nr. 95, 25.4.1905.

71 100 Jahre SPD (wie Anm. 16), S. 26.

dernität nicht überwinden und meistern konnten, mußte zu einer Explosion führen. Der Erste Weltkrieg und der Burgfrieden – das, was man den Geist vom August 1914 genannt hat – wirkten nur als retardierende Momente.

Anhang

*50 Jahre Schwäbische Volkspartei*⁷². Rede von Theodor Heuss, gehalten in Hall bei dem Sommerfest der Fortschrittlichen Volkspartei im Juni 1914
(Bericht im „Haller Tagblatt“)

[...] Wenn man Jubiläen des Liberalismus oder der Demokratie feiern wollte so, wie es üblich geworden ist, fortgesetzt Jubiläen zu feiern in unserer festesfreudigen Zeit, da hätte man vielfach Gelegenheit dazu. Denn Liberalismus und Demokratie sind Geistesbewegungen, die durch die Jahrtausende der Geschichte immer wieder hervortretend die Welt umgestaltet haben. Aber die großen Bewegungen des Liberalismus und der Demokratie, die die deutsche oder europäische Geschichte mitgestaltet haben, – Redner erinnerte besonders an die deutsche Reformation, an die Geschichte des englischen Liberalismus, an die große französische Revolution von 1789 – sie haben sich nicht vollzogen im Rahmen von Parteibewegungen, sie sind elementar aus dem Volk selbst herausgebrochen.

Auch das Jahr 1848, das wir jenen Bewegungen an die Seite zu stellen berechtigt sind, war nicht die Leistung einer Partei, sondern ist vom ganzen Volk ohne Gliederung in Parteien geschaffen worden. Vorher war eine Parteiorganisation im heutigen Sinn überhaupt gar nicht möglich im alten Feudalstaat, der erst durch die französische Revolution und durch die Bewegung von 1813–1815 gebrochen worden ist. Dieser Feudalstaat gewährte keine Rechtsfreiheit, keine Versammlungsfreiheit, keine Vereinsfreiheit, diese Voraussetzungen alles parteimäßigen Lebens. Und auch alles, was in den Vorbereitungs Jahren, wie man sie nennen könnte, von 1815 bis 1848 an politischer Vereinsgestaltung vorhanden war, konnte sich gar nicht in eigentliche politische Organisationen umformen. Turnvereine, Gesangsvereine, Schützenvereine waren damals die Träger der freiheitlichen Bewegung. Wir schätzen deren Bedeutung hoch, darum denken wir uns aber doch die Sache nicht

72 „50 Jahre Schwäbische Volkspartei“ war der Titel der zweiten Hauptrede, die Theodor Heuss am 7. Juni 1914 beim Sommerfest der Unterländer Volkspartei in Hall hielt. Die „Fortschrittliche Volkspartei“ hatte zum Ausbau ihrer Organisation das Land in einzelne Kreise eingeteilt. Der Unterländer Organisationskreis umfaßte in der Hauptsache den 3., 11. und 12. württembergischen Reichstagswahlkreis. Dieser Unterländer Verband hielt am 7. Juni 1914 sein Sommerfest in Hall ab. Theodor Heuss war von 1912 bis 1918 Chefredakteur der „Neckar-Zeitung“. Vgl.: Sommerfest der Fortschrittlichen Volkspartei. (Unterländer Verband.) Hall, 7. Juni. „50 Jahre Schwäbische Volkspartei“, in: HT Nr. 131, 9.6.1914, S. 2.

so, wie Herr von Oldenburg-Januschau⁷³ einmal im Reichstag gesagt hat: Die Liberalen stellen sich die Bildung des Deutschen Reiches so vor, daß man hinausgezogen sei mit Singen, Turnen und Schießen und auf einmal sei eines schönen Tages das Reich dagewesen. Aber jene Vereinigungen waren eben damals die einzige Form, in der überhaupt Gemeinschaftsgeist und Gemeinschaftssinn gepflegt werden konnte.

Erst das Jahr 1848 hat den plötzlichen Willen und die plötzliche Tat der politischen Organisation geschaffen, hat aber gleichzeitig auch gezeigt, daß politische Organisationen nicht dadurch allein Bestand haben, daß Männer mit Hingabe und feuriger Begeisterung, mit dem Glauben an die Aufgaben und an die Kraft des Volkes die Träger und Führer der politischen Entwicklung des Volkes sind und sein wollen, sondern daß dazu Sammlung, Vorbereitung, Festigkeit gehört. Wenn das Jahr 1848 nicht in dem Sinne abgeschlossen hat, wie im Frühjahr desselben die gläubigen Deutschen meinten, dann war das zum großen Teil deshalb der Fall, weil die Begeisterung zu rasch ihre Form gefunden hat, daß nicht vorher die richtige langsame Erziehungsarbeit eingesetzt hat. Es muß das eine wunderbare Bewegung damals im deutschen Volk gewesen sein, deren Eindruck auch wir heute rückschauend uns nicht entziehen können. Aber was fehlte, das war das, daß die Männer, die im Vorkampf standen, keine geschlossenen, keine kampfbereiten Massen hinter sich hatten, sondern nur Stimmungen und Gefühle, aber nicht feste Formen.

Und deshalb beginnt von 1848 an erst das, was man im heutigen technischen Sinn Partei nennt. In den Anfängen der 60er Jahre ist zuerst auf preußischem Boden die Deutsche Fortschrittspartei, dann durch Lassalle der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet worden. In Württemberg sehen wir im Jahr 1864 die Ideale und Gedanken der alten Achtundvierziger zu neuer Parteiform gelangen nach dem Tode des alten Königs Wilhelm. Der Redner hob hiebei insbesondere das Triumvirat der drei alten Achtundvierziger: Julius Haußmann, Karl Mayer und Ludwig Pfau als die eigentlichen Gründer der Schwäbischen Volkspartei hervor. Alle drei hatten das Los gezogen, das damals den Freiheitskämpfern beschieden war: sie mußten ins Ausland flüchten und wurden wegen Beteiligung an der „auführerischen Bewegung“ zu zum Teil langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt.

Der Redner entwarf in knappen Zügen ein pietätvoll gezeichnetes Lebens- und Charakterbild dieser drei um die Württembergische Volkspartei so verdienten Männer und schilderte dann weiterhin das Auftauchen und die Entwicklung der „deutschen Frage“, ausgehend von der schleswig-holsteinschen Frage im Jahr 1863, hindurch durch das Jahr 1866 bis 1870/71. Der Redner versuchte hiebei auch den Haß dieser führenden Männer und alten Achtundvierziger gegen Preußen und Bismarck verständlich und erklärlich zu machen. Das Problem „großdeutsch“, d. h. ein Deutschland *mit* Österreich, oder „kleindeutsch“, ein Deutschland *ohne*

73 Elard von Oldenburg-Januschau (1855–1937) war ein Vertreter der ostelbischen Großgrundbesitzer. Als Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses und des Reichstags gehörte er zu den radikalen konservativen Agrariern.

Österreich unter Preußens Führung, ist durch die geschichtliche Entwicklung gegen die alte Demokratie entschieden worden.

Das ist der Gang der Geschichte 1866 und 1870, den wir offen anerkennen müssen, auch wenn die Geschichte anders gesprochen hat, als unsere politischen Väter geglaubt haben. Aber man muß auch so viel Gerechtigkeit walten lassen, um die Empfindung jener Männer nach ihrer geistigen Art und der ganzen Struktur ihres Gefühls und Gemüts zu verstehen. Dankbar anzuerkennen ist aber unter allen Umständen, was diese drei Männer geschaffen und geleistet haben, indem sie das ganze Land mit volksparteilichen Organisationen überzogen, denen die großen Erfolge der jungen Organisation zu Ende der 60er Jahre zu verdanken waren.

Des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts Erwähnung zu tun, wurde nicht vergessen. Die Gründung des Reichs brachte dann den bekannten Umschwung, wo die öffentliche Meinung auf die andere Seite hinüberging. Bis in die 90er Jahre war dann für die Volkspartei das Glück bei den Wahlen schwanke, bis im Jahr 1895 die Volkspartei aus der lange innegehabten Oppositionsstellung heraustritt und im Landtag die Führung übernimmt. Die drei großen Reformen der Verwaltungs-, der Verfassungs- und der Steuerreform, kennzeichnen diese Ära, womit die programmatischen Forderungen der Volkspartei seit 1864 einen gewissen Abschluß gefunden haben.

In einer Würdigung der Leistungen der Volkspartei und der Männer, die ihr 1864 die politische Organisationsform gaben, führte der Redner in diesem Zusammenhang besonders aus, daß für das Empfinden dieser volksparteilichen Führer das Wort Demokratie aufs innigste verknüpft war mit allem, was Volkstum heißt im weitesten und tiefsten Sinn dieses Wortes. Die Karl Mayer usw. könnte man in diesem Sinn sogar als konservativ bezeichnen, weil sie an die gesunden alten Anschauungen und Grundsätze des schwäbischen Volkstums glaubten, das sie gegen militaristische, bürokratische und orthodox-pietistische Einflüsse schützen und von der Bevormundung des Schreibertums, unter dem kein Staat so gelitten hat wie Württemberg, befreien wollten. Mit diesem Glauben an das Volk aber verbanden sie auch jenen Sinn für humanitäre Fragen, die über die enge nationalistische Auffassung hinausreichten, ein gewisses weltbürgerliches Gefühl aus der Zeit Schillers und Kants, fern allem, was Chauvinismus, Militarismus usw. heißt. Diese Leute, die aus der Heimat hinausgeworfen worden waren, hatten im Ausland gelernt, gerecht zu urteilen auch über die Leistungen und die Arbeiten anderer Völker. So vereinigten sie schwäbischen Heimatssinn und Treue gegen die Heimat mit der Toleranz und der Duldung gegenüber Leistung anderer. Was ihnen fehlte und gewissermaßen fehlen mußte, das war der eigentliche Staatssinn in der engeren Auffassung des Worts. Sie, die ihre besten Jahre draußen im Exil zugebracht hatten, sie konnten unmöglich in dem Sinn Staatspolitiker sein wie die, die im Lande geblieben waren. Es hatte für sie ungeheure Vorzüge gehabt, daß sie draußen im Ausland waren; sie kamen zurück mit der Ungebrochenheit ihres Idealismus. Aber um so schwerer mußte für sie auch die Enttäuschung sein, die sie durch den Gang, durch die „Korrektur“ der Geschichte erleben mußten.

Weiterhin wies der Redner darauf hin, daß die Schwäbische, bzw. Süddeutsche Volkspartei innerhalb des deutschen Liberalismus als erste in ihr Programm aufgenommen hat die sozialpolitischen Probleme im engeren Sinn. Es ist dies das besondere Verdienst Leopold Sonnemanns. So war es kein Zufall, sondern eine gewisse geschichtliche Notwendigkeit, daß die Bewegung, die sich an den Namen Friedrich Naumann anschließt, in keinem Land, in keiner alten Gemeinschaft politischer Art so starken Anklang und so freudige Aufnahme gefunden hat als bei uns und bei der Württembergischen Volkspartei, und es war kein Zufall, daß Naumann, der in politischer Gedankenprägung Neues und Großes für die Arbeit der nächsten Jahrzehnte geleistet hat, in unserem Lande und in der Organisation der Württembergischen Volkspartei auf die Stelle gestellt wurde, wo er weiter arbeiten und befruchtend wirken konnte.

Wir sind stolz darauf, daß auch von unserem Lande aus Anregungen ergangen sind dazu, daß der entschiedene deutsche Liberalismus in eine einheitliche, große Parteiform gebracht werden konnte. Gerade die Schwaben, die in den besonderen Verdacht des Partikularismus und der besonderen Freude an ihren Institutionen stehen, haben bei der Auseinandersetzung über die Zukunft des deutschen entschiedenen Liberalismus *als erste* parteimäßig in der Heilbronner Resolution [13. 11. 1903] ihren Willen und ihre Bereitschaft ausgedrückt, mit den anderen deutschen freisinnigen Parteien einen einheitlichen Parteikörper zu schaffen. Wir danken es vor allem Naumann und Payer, daß sie mit dazu geholfen haben, daß unsere alte Württembergische Volkspartei aufgegangen ist in der großen Deutschen Fortschrittlichen Volkspartei. Gewiß war dazu mancher Verzicht auf gewisse Stimmungen nötig. Es wurde gesagt: Wir verkaufen uns an jemand, den wir noch nicht genau kennen usw. Aber wir wissen, daß wir mit diesem Anschluß nicht nur von den anderen genommen haben und nehmen, sondern daß das, was das württembergische Volk und die württembergische Eigenart dem gesamten deutschen Linksliberalismus zu geben hat, nicht wenig ist, daß wir die Tradition der Kämpfe von 1848 und unsere Grundsätze von 1864 als einen bedeutenden Aktivposten in diese neue Gemeinschaft mit hereingebracht haben und bringen.

Wenn wir stets dankbar der Männer wie Karl Mayer, Julius Haußmann und Ludwig Pfau gedenken, so treiben wir damit keinen Personenkultus, der sich mit dem Wort Demokratie nicht verträgt. Man hat schon gesagt, daß Mißtrauen die vornehmste Tugend der Demokratie sei. Aber die Geschichte der Volkspartei lehrt auch, daß die vornehmste Tugend der Demokratie auch das Vertrauen ist zu den Männern, die eine Autorität sich nicht angemaßt, auch nicht geerbt haben, sondern denen sie vom Volk selbst verliehen worden ist. Wir treiben so keinen Personenkultus, wenn wir die Männer, die mit Opfermut und Hingabe für die Partei eingetreten sind, ehren und ihnen Dank sagen und ihnen zurufen: Ihr habt manchmal eine andere Sprache geredet als wir, habt andere politische Aufgaben gehabt als wir. Wir müssen uns auf eigene Verantwortung und Gefahr in unserer politischen Arbeit einrichten. Aber das, was Ihr uns gegeben habt, das, wofür wir Euch immer Dank schulden, das große Beispiel des Glaubens an das Volk, das ist die Arbeit für

die Gesamtheit des Vaterlandes, die Arbeit, die auch wir leisten und zu der wir uns vereinigt haben. Das ist der Dank, den wir der Geschichte, den wir dem Namen unserer Vorfahren schuldig sind. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Die März-Ereignisse von 1848⁷⁴

Wir und mit uns eine große Menge des deutschen Volkes sehen den 18. März an als einen Tag der Trauer; aber wir gedenken seiner auch mit einem Gefühl der Erhebung, da wir wissen, daß von diesem Tage an die konstitutionelle Ära in Preußen besteht und daß damit die Gründung des deutschen Reiches zusammenhängt. Ohne diese Änderung in Preußen hätten wir kein deutsches Reich und keinen deutschen Reichstag. Und ich glaube, es gibt keinen ungeeigneteren Ort, diesen Tag zu schmähen, als den deutschen Reichstag, der gerade diesem Tage seine Entstehung verdankt.

Mit diesen Worten erwiderte würdig und unter lebhafter Zustimmung der Linken, allerdings auch unter Widerspruch von rechts, der freisinnige Abgeordnete Munkel⁷⁵ am letzten Freitag im Reichstag. Er trat damit dem Kriegsminister von Goßler entgegen, der den 18. März als eines der traurigsten Blätter der preußischen Geschichte bezeichnet hatte, nachdem der Abgeordnete Bebel den 50jährigen März-Erinnerungstag nicht vorübergehen lassen zu dürfen geglaubt hatte, ohne auch im Reichstag des „großen Kampfes“ zu gedenken, „wo das Volk sich die Rechtsgleichheit aller Stände errang“.

Seit den stürmischen Februar- und Märztagen von 1848, in denen das festländische Europa, mit alleiniger Ausnahme des aus seinem politischen Halbschlummer noch nicht erwachten Zarenreichs, von revolutionären Fieberschauern geschüttelt wurde, sind fünf Jahrzehnte bereits dahin gegangen. Einer wirklich unparteiischen, rein objektiven Würdigung der damaligen Vorgänge wird man jedoch nur in sehr seltenen Fällen begegnen. In den Anschauungen, die im Reichstag Herr von Goßler und später der Abgeordnete von Puttkamer über die Ereignisse von 1848 entwickelten, können wir ein solch objektives Urteil über diese so viel gerühmte und so viel gescholtene Zeit nicht erblicken, deren Charakterbild – diese Reichstags-sitzung vom letzten Freitag hats wieder gezeigt – auch heute noch „von der Partei Haß und Gunst entstellt, schwankt in der Geschichte“.

Gewiß war das Jahr 1848 ein „tolles Jahr“. Aber trotz alledem ist mit diesem tollen Jahr 1848 auch in Deutschland ein „Völkerfrühling“ angebrochen. In die Herzen der Massen hinein ist damals, wie z.B die „Allgemeine Zeitung“ schön und tref-fend ausgeführt hat, die nationale Saat ausgestreut worden, die späterhin unter Sturm und Drang hervorzuchs. Was in jenen Tagen gesäet wurde, konnte 1866

74 HT Nr.67, 22.3.1898.

75 Der Rechtsanwalt und Notar August Munkel (1837–1903) war Mitglied der Freisinnigen Volkspartei.

und 1870 geerntet werden. Das Verlangen nach einer befriedigenden Landesordnung in Deutschland, nach einer großen deutsch-nationalen Gemeinschaft war bei den Edelsten und Besten ihres Volkes ja auch vor 1848 schon lebendig gewesen. Der großen Mehrheit der Bevölkerung aber wurde der nationale Gedanke erst damals tief eingepflanzt, und ebenso erschloß sich inmitten der revolutionären Stürme auch gar manchem gekrönten Haupt das volle Verständnis für die werbende Macht dieses Gedankens und die Erkenntnis der Notwendigkeit, ihm wesentliche Souveränitätsrechte zum Opfer zu bringen. Zwei Tage nach dem blutigen 18. März legte Friedrich Wilhelm IV. die schwarz-rot-goldene Armbinde an, zum Zeichen dafür, daß „Preußen fürderhin in Deutschland aufgehen“ solle. „Ich trage Farben, die nicht mein sind“, äußerte er an der Stelle, an welcher das Denkmal seines großen Ahnherrn, Friedrich des Einzigen, sich bald erheben sollte, zu den ihn begrüßenden Massen. „Aber ich will nichts damit usurpieren; ich will keine Herrschaft, ich will Deutschlands Einheit und Freiheit, ich will Ordnung. Indem ich das nationale Banner ergreife, stelle ich mich an die Spitze des ganzen Volkes, und ich glaube, daß die Herzen der Fürsten mir entgegenschlagen und daß der Wille des Volkes mich unterstützen wird.“ Der hochgesinnte Herrscher hat späterhin bei dem Bestreben, sein Versprechen einzulösen, die schwersten Enttäuschungen erfahren. Bei weitem nicht alle Fürstenherzen schlugen damals schon warm und andauernd für den Plan, Deutschland unter Preußens Führung zu einigen. Gegenüber dem Widerstreben seiner hohen Genossen erlahmte die Tatkraft des Königs. Nicht getäuscht hat ihn dagegen die Überzeugung, daß das Volk den nationalen Gedanken, den es gleich ihm auf sein Banner geschrieben hatte, auch fernerhin hochhalten werde.

Den Tag, an welchem er seine Verwirklichung finden sollte, hat Friedrich Wilhelm IV. nicht mehr erlebt. Die Kaiserkrone, welche die Vertreter des deutschen Volkes in der Paulskirche ihm anboten, mochte er gegen der Fürsten Willen nicht annehmen; er harrte des goldenen Reifes, der im Feuer des Kampfes geschmiedet werden sollte und den Fürsten und Volk ihm darreichen würden. Was er damals vorausschaute, wurde im Spiegelsaale des Schlosses zu Versailles zur Tat. Freilich hatte inzwischen Wilhelm I. den preußischen Thron bestiegen und ein Bismarck seine gewaltige Kraft daran gesetzt, durch Blut und Eisen die nationalen Ideale zu verwirklichen, die in den Vorfrühlingstagen von 1848 die Herzen von Tausenden und aber Tausenden begeistert hatten. Unter den Stürmen des Bürgerkrieges war die Saat gelegt, in den Wettern der Schlachten die Frucht geschnitten und im Augenblick des Sieges die Ernte geborgen worden.

Erziehung zum Nationalitätenhaß⁷⁶

„Sollten wir, weil zwischen den beiden großen Mächten Deutschland und Frankreich blutige Kämpfe stattgefunden haben, dem französischen Volke unsere Hoch-

achtung versagen, sollten wir ihm die Anerkennung versagen, daß es auf wirtschaftlichem Gebiet und auf allgemeinem kulturellem Gebiet ganz Hervorragendes geleistet hat und noch leistet? Ich glaube, das wäre ganz verfehlt.“

So sagte Graf Mirbach, ein Konservativer wie fast alle Grafen, am Dienstag im Reichstag. Wir geben ihm diesmal recht und möchten nur wünschen, daß alle seine Parteigenossen so denken und reden möchten und nicht nur dann, wenn es sich um den Bimetallismus handelt. Sonst sind sie Chauvinisten von der wütigsten Sorte und sie möchten haben, daß alle es wären gleich wie sie. Darum gibt man sich auch in Deutschland redliche Mühe, schon die Jugend zum Chauvinismus zu erziehen und die Art, wie „Geschichte“ in den Schulen gelehrt wird, schlägt oft der Religion und Moral ins Gesicht. Das behauptet auch ein Artikel im „Sprechsaal des deutschen Volksbundes“, dem wir folgendes entnehmen:

Es liegt System in der Art und Regelmäßigkeit, mit der unsere Chauvinistenblätter Notizen und Artikel bringen, die die Qualitäten einer gerade befehdeten Nation herabsetzen und den Haß und die Verachtung gegen diese Nation schüren sollen. Der Nationalhaß darf nicht einschlummern, denn sonst verschlechtern sich die Chancen derer, die beim Zwist der Völker die Rolle des Dritten spielen, der sich freut. Wenn im Auslande in irgend einem Buch oder einer Zeitung eine Dummheit gemacht ist, wenn dort ein moralischer Skandal sich aufzut oder ein Fall von Deutschenfresserei vorkommt, so ist das für die gesamte nationalwütige Presse höchst willkommen, und auch die niedrigste Kleinigkeit wird mit kindischer Freude breitgetreten und ausgebeutet. Ob auswärtige Blätter in demselben Maße empfindlich und klein sind wie die entsprechenden deutschen Journale, kann ich nicht sagen; groß dürfte der Unterschied jedenfalls nicht sein. Zweifellos würden sie deutschfeindlichen Zeitungen um Stoff nicht verlegen sein. Wenn in französischen Schulbüchern der Rachekrieg gegen Deutschland gepredigt wird, so ist das gewiß tief zu bedauern. Aber nichts Besseres tun wir, die wir doch Sieger waren, wenn wir unseren Kindern von „Erbfeind“ vorreden, wenn wir sie in Zeiten des Friedens Lieder lernen und deklamieren lassen, in denen es heißt:

Es jauchzen die Trompeten auf,

Und die Standarte fliegt:

„Marsch, Marsch, in Gottes Namen darauf!

Haut ein, bis alles liegt!“

oder wenn wir noch heute lernen lassen:

Das Winseln deiner Greise ruft: „Erwache!“

Der Hütte Schutt verflucht die Räuberbrut;

Die Schande deiner Töchter schreit um Rache;

Der Meuchelmord der Söhne schreit nach Blut,

wenn Paris „die Stadt des Spottes, der Blutschuld Herd“ genannt wird und von „ihrem Raub“ gesprochen wird. Was sollen unseren Kindern solche Worte, die allenfalls in der Zeit des Krieges ihre Berechtigung hatten, was soll ihnen vor allen Dingen diese widersinnige Verdrehung, daß die Untertanen der Napoleonen in Bausch und Bogen Räuber, Mörder und Mädchenschänder seien, während die Ver-

antwortung doch nur ihre Vergewaltiger trifft, die sie mit Gewalt in den Krieg trieben? Tun wir etwas Besseres, als die französischen Chauvinisten, wenn wir fortgesetzt unsere Kinder Verse lernen lassen wie:

*Das ist des Deutschen Vaterland,
Wo Zorn vertilgt den welschen Tand;
Wo jeder Franzmann heißt Feind,
Wo jeder Deutsche heißt Freund*
oder Verse wie:

*Wir wollen heute Mann für Mann
Mit Blut das Eisen röten,
Mit Henkerblut, Franzosenblut.
O süßer Tag der Rache!
Das klingt allen Deutschen gut,
Das ist die große Sache*

oder:

*Ihr Schützen, Gott segne euch jeglichen Schuß,
Durch welchen ein Franzmann erblassen muß!*

oder:

*Die Reiter, sie fühlen das deutsche Blut,
Franzosen zu töten, das deucht ihnen gut.
Bei Leipzig auf dem Plane, o herrliche Schlacht!*

und was der kampfesfreudigen Ermahnungen des „Vater Arndt“ und seiner Geistesverwandten noch mehr sind. Ich entsinne mich, daß einem meiner Lehrer, der sonst kein lastger Franzosenhetzer war, dieses Lied vom Feldmarschall doch über die Schnur ging und als eine Hoheit erschien.

Wenn man in einem gerechten Kriege einen Sieg gewinnt, so hat man ja gewiß ein Recht, sich zu freuen, aber dieses Schwelgen in der Ausmalung des Elends, da den Feind betroffen, diese Freude am Dreinhauen ist durchaus nichts Edleres als das wilde Behagen, mit dem Raufbolde und Straßenjungen prahlen, daß sie so und so vielen das Nasenbein zertrümmert oder die Augen blau geschlagen haben. Aber unsere Kinder müssen das lernen, singen und sagen. Sie müssen die alten widrigen Phrasen wiederkauen vom „welschen Bubenstand“ und „welschen Trug“, von dem „alten Babel an der Seine“ und ihrem „frechen Lustgesange“, dem das „keusche deutsche Ohr“ sich natürlich verschließt, vom „welschen Banditenheer“ und von „gallischen Bösewichtern“, von der „Schlange im Westen“, „die mit Sirenensange den frommen deutschen Geist vergiften möchte“, von den „Schelmfranzosen“, von dem „Sündenpfuhl“ Paris, der „Schule des Verrats und der Tücke“, alle diese unfeinen, rohen Ausdrücke, die zu einer Zeit in Schwung kamen, als bei Burschenschaftlern und Turnern die Teutomanie ausbrach und übertriebene Derbheit für teutsche Biederkeit und Treue galt.

Ich habe schon wiederholt erklärt, daß ich solche Übertreibungen des Nationalgefühls im Lichte der dermaligen Zeit verstehen kann; für uns aber haben sie doch etwas verteuftelt Lächerliches und für unsere Kinder etwas im höchsten Grade Ver-

derbliches. Heutzutage glaubt ja doch kein vernünftiger Mensch, daß eine Nation an sich geistig und moralisch tiefer stehe als die andere, wir wissen ja doch sehr gut, daß so gleichmäßig entwickelte Kulturnationen wie Franzosen, Engländer, Skandinavier und Deutsche einander in sittlicher und intellektueller Hinsicht im ganzen durchaus ebenbürtig sind, wenn auch in einzelnen Dingen ein Volk dem andern voraus ist. [...] Jeder gebildete Mensch weiß ferner, daß es ein Hauptmerkmal beschränkter und unwissender Leute ist, nach einzelnen Vorkommnissen schlankweg zu verallgemeinern und z. B. die Franzosen wegen dieses oder jenes Skandals generell zu beschimpfen, wie auch jeder Zurechnungsfähige weiß, daß es niemals einer Nation als solche in den Sinn kommt, über eine andere herzufallen, daß sie immer erst durch eine krätige Dose von Reizmitteln berauscht und fanatisiert werden muß und daß auch dann noch die weitaus meisten an die Blutarbeit gehen, nicht weil sie wollen, sondern weil sie müssen, weil einer durch den andern in Schach gehalten wird.

Selbst bei solchen Leuten, die in stürmischen Zeiten noch in einen chauvinistischen Schwindel geraten, die sich in zehn Minuten durch ein bißchen diplomatisches Depeschenspiel, durch offiziöse Stimmungsmacherei und durch wütige Preßartikel zu einem recht unchristlichen Haß gegen jede beliebige Nation hinaufdrehen lassen, selbst solche Leute haben bei normaler, ruhiger Verfassung ein ganz deutliches Bewußtsein davon, daß die Nationalität eines Menschen sich zu seinem Menschentum etwa so verhält, wie die Erhebungen der Erdoberfläche zum Durchmesser der Planeten, daß ein Mensch erst 2000 mal Mensch ist, ehe er einmal ein Spanier oder Italiener ist, daß auf 2000 Teile Menschentum erst ein Teil nationale Eigentümlichkeit kommt.

Unsere Erziehung, namentlich unsere Schulerziehung, erweckt nur zu oft die Vermutung, als wenn sie das entgegengesetzte Verhältnis annähme, als wenn es ihr darauf ankäme, zuerst und besonders stark das Gefühl der nationalen Separierung zu kultivieren und nur, soweit die nationale Absonderung es zuläßt, im Kinde den Menschen heranzubilden. Der im allgemeinen höchst dürftige Geschichtsunterricht bietet den Kindern nicht Weltgeschichte und nicht Kulturgeschichte, die beide den Schülern gerade die Gleichheit menschlichen Strebens und menschlichen Schicksals und somit die Solidarität der menschlichen Interessen naheführen könnten, sondern er besteht zu neun Zehnteilen in nationaler Kriegs- und Dynastiegeschichte. Vom Ausland ist in der Regel nur dann die Rede, wenn es sich um Verbrechen desselben gegen Deutschland handelt, dagegen werden die Kriegszüge deutscher Kaiser ins Ausland als zweifelloseste Heldentaten charakterisiert oder doch mit schonender Milde behandelt, und solche Fälschung und bewußte Irreleitung der Kinder nennen hohe und höchste Unterrichtsbehörden dann nationalen Unterricht und rühmen sich dessen als einer herrlichen und selbstverständlichen Sache. Die Einfälle Ludwigs XIV. in Deutschland, die Verwüstung der Pfalz, die Wegnahme Straßburgs usw. sind gewiß Verbrechen der schändlichsten Art, aber ich vermag nicht einzusehen, inwiefern die Eroberungen solcher Kriegsführer wie Karls des Großen und Friedrich Barbarossas eine freundlichere Beurteilung ver-

dienen. Eine sogenannte „Kulturmission“, wie sie Karl mit der Unterwerfung der freien, heidnischen Sachsen erfüllt haben soll, ließe sich natürlich auch für Ludwig XIV. heraufstufeln, und seine Verwüstung der Pfalz war jedenfalls nicht scheußlicher als die Hinrichtung der 4.000 Sachsen zu Verden a. d. Aller oder die Zerstörung Mailands. Aber Karl und Friedrich sind „nationale Helden“, Ludwig XIV. ist es ja auch für die französischen Nationalisten. Das heranwachsende Kind verläßt die Schule fast immer mit einem bloßen oder doch wenig bekleideten Namen- oder Zahlengerippe, das zusammengefügt ist aus den Anfangs- und Endjahren der Kriege und Regierungszeiten und den Jahreszahlen der großen Schlachten. Der Schüler muß die Vorstellung mit ins Leben hinausnehmen, daß Kriege, Feldherren und Fürsten, und unter diesen weit vor allen die besonders kriegerischen Fürsten, die eigentlichen, die einzigen Weltbeweger seien. Ist es ja ein Wunder, wenn sich fürs ganze Leben die Vorstellung festsetzt, der Krieg sei der erste und mächtigste Faktor der geschichtlichen Entwicklung und darum aus der Geschichte der Menschheit nicht wegzudenken? Seit langem sind einsichtige Pädagogen bemüht, dieser Art von Geschichtsunterricht ein Ende zu machen. Aber diejenigen, die diese Reform zu Gunsten einer gewissen Kriegs- und Dynastiegeschichte hindern, wissen wohl, was sie rühren: wenn den Kindern deutlich und ausführlich zum Bewußtsein gebracht würde, was alles in der Welt neben den Kriegen und ohne die Kriege und trotz der Kriege geschieht, dann würden sie sehr bald in diesen Kriegen nicht mehr etwas Normales, nicht mehr eine gesunde, regelmäßige Emotion, sondern eine unnötige und unchristliche Ausschreitung menschlicher Leidenschaften erblicken.

Contra den Sedantag⁷⁷

Morgen jährt es sich zum 30. Mal, daß unsere deutschen Truppen bei Sedan den „Erbfeind“ in den Staub warfen. Heute stehen deutsche Truppen als Waffenbrüder mit den Söhnen des „Erbfeindes“ auf dem Boden Chinas, geführt von einem deutschen General, der vor dreißig Jahren nicht an letzter Stelle an der Niederwerfung dieses „Erbfeinds“ mitgewirkt hat⁷⁸.

Über dieser merkwürdigen Wendung ist nun teilweise in den Köpfen der „unzweifelhaft national Gesinnten“ ein Licht aufgegangen, ob es angesichts dieser Tatsachen angebracht sei, noch immer den blutigsten Fehdetag zwischen beiden Völkern als „Nationalfeiertag“ festzuhalten und weiterhin in Schulfeiern und Banketten sich an der verknöcherten Phrase vom „Erbfeind“ in künstliche Begeisterung und bronzierten Pappdeckelharnisch hineinzureden. Dieser Teil ist denn auch wirklich auf den Standpunkt gekommen, daß es der Takt erheische, die Feiern zu

77 HZ Nr. 204, 2.9.1900.

78 Gemeint ist hier der preußische General Alfred von Waldersee (1832–1904). Unter Ernennung zum Generalfeldmarschall führte er, spöttisch als „Weltmarschall“ bezeichnet, den Oberbefehl über die alliierten Truppen, die 1900 den Boxeraufstand in China unterdrückten.

unterlassen. Ja, manchmal hört man sogar leise das Bekenntnis heraus, daß vor allem not tue, „den Reichsgedanken weniger in lärmenden Äußerlichkeiten, als in ernster Mitarbeit an der Wohlfahrt des Reiches innerlich zu erhalten und zu vertiefen“. Glaubt man aber ein „Nationalfest“ nicht entbehren zu können, was immerhin mit Rücksicht auf gewisse Gesellschaftskreise und auf die Jugend zugestanden werden mag, greife man doch auf den natürlichsten Gedenktag, die Kaiserproklamation in Versailles, zurück.

Selbst das fünffache Amtsblatt⁷⁹, das jüngst erst mit gepanzerter Faust und rasselden Versen gegen die gelbe Brut ausgeritten ist und damit den Grand prix auf der Ausstellung patriotischer Gesinnung erhalten hat, antwortet auf die Sedanfesttage mit einem „runden Nein“. Dagegen haben sich der „Merkur“ und die „Volkszeitung“ noch nicht zu diesem vernünftigen Standpunkt entwickelt.

*Völkerverständigung statt Militarismus*⁸⁰

Was das Heerwesen anbelangt, so verlangt die Demokratie (die Deutsche Volkspartei) die Schaffung eines wirklichen Volksheeres und bekämpft das immerwährende Anwachsen des Militarismus. Über die in Aussicht stehende Artillerievorlage äußerte sich der Redner folgendermaßen: Ob die Forderung für die Artillerie zu genehmigen oder abzulehnen ist, ist eine Frage, die ich hier offen lasse. Es ist möglich, daß die Verhältnisse so liegen, daß man nicht anders kann als sie genehmigen, denn wir können nicht unsere Leute mit einer minderwertigen Waffe ins Feld ziehen lassen, wenn es zum Krieg kommen sollte. Aber vielleicht reichen auch die von der Regierung zu erwartenden Erläuterungen und näheren Darlegungen zur Begründung nicht aus. Wir wissen nicht, um was es sich handelt. Wir enthalten uns im jetzigen Augenblick des Urteils. Das ist richtiger, als jetzt schon auf die vertraulichen Mitteilungen des Kriegsministers hin im Voraus zu allem Ja und Amen zu sagen. In Frankreich verweist man in dieser Frage auf das Vorgehen Deutschlands, bei uns weist man auf Frankreich hin, das vorangehe. So schiebt ein Staat die Verantwortung auf den anderen, und wenn dann beide die Schnellfeuergeschütze haben, so ist's genau wie vorher: es stehen beide einander wieder gleich stark gegenüber, gerade wie zwei Gegner, die statt der Spazierstöcke, die sie ursprünglich trugen, sich beide mit Dreschflegeteln bewaffnet haben.

Wenn die Völker ihre Interessen richtig erkennen und die Regierungen die Interessen der Völker richtig vertreten würden, und wenn beide beachteten, wie unsere wirtschaftlichen Verhältnisse die Entlastung vom Militarismus erfordern, damit wir konkurrenzfähig bleiben gegenüber Amerika, so müßte ein Weg gefunden wer-

79 Der Redakteur der „Haller Zeitung“ meint hier wohl die „Württembergische Landeszeitung“, die Ludwig Pfau *das Organ der schwäbischen Afterspreußen* nannte.

80 Auszug aus dem stenographischen Bericht über den Vortrag, den der Münchner Professor für Geschichte Ludwig Quidde am 14. Januar 1897 in Schwäbisch Hall hielt zum Thema: „Die Demokratie in der Gegenwart“, in: HT Nr. 12, 16. 1. 1897 und Nr. 13 a, 17. 1. 1897.

den, um sich zu verständigen darüber, daß man auf beiden Seiten doch diese Neu-
 belastung unterläßt und nicht gegenseitig sich die Schuld zumißt und auf beiden
 Seiten die Millionen hinauswirft, von denen nur Krupp in Essen den Vorteil hat.
 Das ist der Gedanke der Demokratie gegenüber der fortwährenden Steigerung der
 Rüstungen, und der muß zur Ausführung kommen, nicht von heute auf morgen,
 wohl aber im Laufe des anbrechenden Jahrhunderts. Das ist nicht utopistisch, denn
 ein deutscher Reichskanzler, Graf Caprivi, hat in einer Rede in Stettin diesen Ge-
 danken der Verständigung zwischen den europäischen Völkern auch ausgespro-
 chen als das Ziel der Politik des 20. Jahrhunderts, und bis dahin haben wir ja nicht
 mehr gar so weit. Das kann uns aber kein Staatsmann, und wäre es die glänzendste
 Persönlichkeit, bringen, wenn es nicht im Volk vorbereitet ist. Denn nichts von
 großen Kulturfortschritten und Umwälzungen wird erzielt, was nicht vorher in den
 Massen der Bevölkerung sich Bahn gebrochen hat. Der einzelne, und mag er noch
 so genial sein, kann nur das ausführen, dessen „Zeit erfüllet“ ist. Dafür haben wir
 im Volk zu sorgen.